



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

15.07.1931 (Nr. 52)

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten



Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstraße 26. Fernspr. Domsch. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal, Bezugspreis monatlich 1.12 RM, einschließlich Postgebühren. Verlagsort: Bremen.

Anzeigen: 10-gesp. Nonne-Zeile 0.26, auswärts 0.30 RM. Stellen-
gesuche und Sam.-Anz. 0.10 RM. Kleine Anz. 0.15 RM. 2-gesp.
Hefenhefte 1.— RM, auswärts 1.25 RM. Erhaltenheitspreise können
nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 52

Mittwoch, den 15. Juli

1931

Deutscher Boden wird verpfändet!

Ausweisung Adolf Hitlers und Verbot der N. S. D. A. B. gefordert?

Zur Stunde ist die Lage noch vollkommen ungewiss. Das Kabinett erhebt sich von seinen Dauerfüßen, aus denen als neuer stehender Strohalm eine Neuverpfändung deutschen Bodens herausgekommen ist. Man hat also noch immer nicht den Mut, die Konsequenzen zu ziehen und von der Führung zurückzutreten. Die geplante Herausgabe neuer Rentenbankcheine findet unser schärfstes Mißtrauen, denn wir befürchten als einziges Ergebnis, daß unerfährlicher deutscher Boden in dem Zusammenbruch des Systems an das Ausland verloren geht. Im einzelnen liegen folgende Morgenmeldungen vor:

Rückgriff auf die Rentenbank

Dr. Schacht soll helfen

Berlin, 14. Juli. Nach einer Stunde trat der Kabinettsausschuß für Finanz- und Wirtschaftsfragen in der 10. Abendstunde erneut zusammen, um sich an die nunmehr dringend zu lösenden innerfinanziellen Fragen heranzumachen. Wie der Plan, die notwendigen Zahlungsmittel durch den Rückgriff auf die Rentenbankcheine zu vermehren, gehen ist, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Es ist aber auch zweifelhaft, ob vor Mittwoch — vielleicht erst Mittwochabend — die in dieser Hinsicht erörterten Pläne greifbare Form gewinnen. Sicher ist, daß bis zum Mittwochabend bezw. Donnerstag früh eine Art innerfinanzielle deutsche Selbsthilfe geschaffen sein muß, da auf alle Fälle die Banken am Donnerstag die Schalter wieder öffnen sollen.

Wie der „Börsen-Courier“ in diesem Zusammenhang mitteilt, läßt sich zwar im Augenblick zuverlässig sagen, daß an ein allgemeines inneres Moratorium nicht gedacht wird, wohl aber kommt gegebenenfalls ein teilweises inneres Moratorium in Betracht, dessen Einzelheiten noch zu erwägen wären. Das Hauptproblem sei im Augenblick indessen, wie weit ein Auslandsmoratorium sich als notwendig erweisen werde, ein Problem, das naturgemäß mit aller Vorzicht behandelt werden müsse. Dem „Börsen-Courier“ zufolge ist weiterhin Fühlungnahme mit dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht genommen worden, um ihn bei der Ausführung der sich ergebenden vielfältigen und schwierigen Aufgaben heranzuziehen, nicht zuletzt, weil gerade im Ausland seine Autorität auf währungs- und finanzpolitischem Gebiet gewürdigt werde.

Neuer französischer Hohn

Paris, 15. Juli. Die französische Presse behauptet, in deutschen Regierungskreisen erkenne man endlich die Nützlichkeit der von der französischen Regierung erteilten Ratschläge an und begönne sie nunmehr durchzuführen. Verschiedene große Blätter haben sogar die Aufdringlichkeit, Deutschland Mut zuzusprechen und die Reichsregierung aufzufordern, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen, um den von Frankreich geforderten Beweis zu erbringen, daß man zunächst einmal selbst Ordnung in die inneren Angelegenheiten bringen wolle. Eine Änderung in der Haltung Frankreichs wird unter diesen Umständen als die Krönung des deutschen Werkes vorausgesetzt.

Front gegen Paris

London, 15. Juli. Die gesamte Londoner Presse befaßt sich eingehend mit der französisch-deutschen Frage. Ein langer Artikel der „Times“ vertritt den vom englischen Außenamt beeinflussten Standpunkt, daß eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich die beste Lösung sei. Nichts würde man in London lieber sehen, als wenn nach dem englischen Besuch in Paris und Berlin die deutschen Minister nach Paris gingen. Hilfe könne nur durch eine bedingungslose Zusammenarbeit England, Frankreichs und Amerikas kommen. Noch sei es nicht zu spät, wenn auch die französische öffentliche Meinung leidenschaftlich an den „Sicherheiten“

festhalte, so müßten sich die weitersehenden Mitglieder der französischen Regierung doch fragen, ob nicht der Versuch, von der Regierung Brüning als Gegenleistung für finanzielle Hilfe politische Zugeständnisse zu erpressen, selbst wenn er zeitweilig Erfolg haben sollte, auf lange Sicht doch zwecklos wäre, da die Rückwirkungen auf die öffentliche Meinung in Deutschland die Lage des Kanzlers unhaltbar machen würden. Es sei auch keine Aussicht vorhanden, daß in Deutschland eine Regierung gebildet werde, die den französischen Wünschen weiter entgegenkomme.

Hitler soll ausgeliefert werden

Der „Angriff“ meldet:
Bekanntlich hat Frankreich als Gegenleistung für eine etwaige „Hilfe“, die es Deutschland gewähren will, eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Forderungen gestellt, insbesondere die Einstellung des Baues des neuen Panzer-

kreuzers, Einschränkung der Wehrmacht auch auf anderen Gebieten, Verzicht auf die Zollunion, Abänderung des deutsch-französischen Handelsvertrages in dem Sinne, daß er noch günstiger für Frankreich wird, als er ohnehin schon ist und Anerkennung der Unabänderlichkeit der Grenzen.

Während die Regierung wegen der Zollunion und des Handelsvertrages anscheinend zu Verhandlungen bereit ist, deren Führung die geplante Reise Brünnings nach Paris dienen soll, hat sie die rein politischen Verlangen Frankreichs vorläufig als undiskutabel bezeichnet.

Aus allerbesten diplomatischen Quelle erfahren wir nunmehr, daß Frankreich drei weitere Forderungen erhebt, die man aus guten Gründen vorläufig geheim hält; Frankreich verlangt:

Auflösung des „Stahlhelm“,
Verbot der NSDAP,

Ausweisung Adolf Hitlers aus dem deutschen Reichsgebiet.

Wir flagen an

Der Zusammenbruch der Nordwolle und der Danabank — Sterbender Liberalismus — Unser Urteil und die Schuld der anderen

In Zeiten politischer Hochspannung, in der wie diesmal eine Katastrophe die andere ablöst, ist es notwendig, allen kleinen Tagesfreit beiseite zu schieben, Fragen untergeordneter Bedeutung außer Acht zu lassen und zu versuchen, die Kräfte und Strömungen zu kennzeichnen, die jetzt zusammenbrechen oder wieder aufbauen sollen. Der Nationalsozialist steht in einer gewissen abwartenden Haltung neben den Vorgängen der letzten Tage, die ihn nicht überraschen. Er ist jederzeit bereit, von sich aus verantwortungsvoll die Leitung der Politik zu übernehmen.

Was ist geschehen? Nach der Nordwolle, einem der größten Konzerne Deutschlands ist die Danabank, eine der größten Banken zusammengebrochen, zwei bedeutungsvolle Ereignisse, die doch nur als äußere Zeichen für den Gesamtverfall eines Systems zu werten sind.

Der Hooverplan hat nicht das gebracht, was die anderen von ihm erhofft hatten. Wir haben wie seit vielen Jahren vom ersten Tage an auf seine Wertlosigkeit hingewiesen, die durch die französische Haltung gefährlichen Charakter annahm. Beim Dawes- und Youngplan hat es Jahre gedauert, bis die anderen das Verhängnis begriffen hatten, diesmal nur Tage. Das Hamburger Fremdenblatt als eine der führenden Zeitungen dieses Systems schreibt zu Beginn der Woche im Leiter:

„Das Erklärliche hat sich vollzogen: Die Hoffnungen, die man an den Hooverplan geknüpft hatte, sind unerfüllt geblieben.“

Die Bremer Nachrichten aber, die sich in gleichem fahrlässigen Optimismus bewegten, kommen zu der resignierenden Feststellung:

„Die augenblickliche Bilanz ist trübe: Vom Hooverplanjahr sehen wir nur den Zahlungsausschub für 1.5 Milliarden, die wir sowieso nicht haben. Aber wir spüren einen Defizitverlust von zwei, einen Kreditverlust von 4 und einen Effektenverlust von 5 Milliarden. Hoffnung und Rettung bleibt nur noch: „Mobilisierung der amerikanischen Finanzmacht.“

Der letzte Satz dieses Bekenntnisses eigener Sünden bedeutet Aufgabe des letzten Restes nationalwirtschaftlichen Verstandes, denn alle diese Milliarden haben wir doch verloren, weil wir keine gesunde Kapital- und Kreditwirtschaft getrieben, sondern uns hemmungslos dem amerikanischen Leihkapital an den Hals geworfen haben; doch davon später.

Der Zusammenbruch der Nordwolle hat verstandlicher Weise überall starke Empörung ausgelöst, besonders bei den Hunderten von Familien, die dabei

ihre ganzen Ersparnisse verloren haben. Aber es gibt keinen schlagenderen Beweis für die erbärmliche Geisteslosigkeit und Gefinnungslumperei im Marxismus, als z. B. die Pressestimmen in der Bremer Volkszeitung zu diesem Fall. Wie Straßentläufer, wie Klatschweiber übelster Sorte haben sie sich um die schmutzige Wäsche der Nordwolle geschlagen, haben mit lautgründenden Wonnegefühlen Nachschwirre umgeworfen und mit Schmutz um sich gesprüht. Es war das gefundene; Fressen für Herrn Alfred Faust und seinesgleichen. Man hat natürlich auch uns verdächtigen wollen, hat Schauermärchen sich erkoren, die bei der bekannten Einstellung von Lahufen zum Nationalsozialismus sofort als solche erkannt wurden.

Als dieser Aufsatz in Druck gegeben war, fiel dem Verfasser die neueste Ausgabe der Volkszeitung in die Hand, in der man feige wie die Leute nun einmal sind, sich hinter einer Berliner Zeitung verhascht um einen Riesenschwindel in die Welt zu setzen. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß jede Zeile des Aufsatzes eine neue infame Page enthält, eine bewußte Lüge, denn sonst hätte man nicht der Schmiererei eine so gewundene Erklärung vorausgeschickt.

Wir haben keine Veranlassung, die für diesen Zusammenbruch verantwortlichen Männer in Schutz zu nehmen und wir werden zur gegebenen Stunde, in der die Schuldigen auf Grund der Untersuchung erkannt und überführt worden sind, mit unserem Urteil nicht zurückhalten. Es wird sachlicher und darum schärfer sein, es wird aber vor allem ehrlicher als das der Volkszeitung sein, denn wir sind nicht mitverantwortlich für den künstlich erzeugten hemmungslosen Wirtschaftsoptimismus, in dessen dunkler Erbschaftsmosphäre so krankhafte Gebilde entstehen konnten.

Aber das ist es nicht allein. Wer hat denn in langjähriger Arbeit den Erbegriff in Politik und Wirtschaft zerfallen, wer war denn Träger dieser liberalistischen Wirtschaftsauffassung, der der Profit alles, die Menschen aber nichts sind. Wir allein haben vor allem für das Kapital Verantwortung vor dem Ganzen, vor der Nation und ihren Menschen gefordert; wir haben das Leihkapital bekämpft, das heute mit Deutschlands Wirtschaft Fangball spielt. Die aber heute sich so aufregen und in Kloaken wühlen, die sie selbst angelegt haben, sind über uns hergefallen und haben uns beschimpft und verfolgt. Heute flehen sie unsere Gedanken und Forderungen, die sich jetzt für alle erkennbar als richtig erweisen haben und brühen sich mit ihnen vor dem Volk. Aber die Totengräber der deutschen Wirtschaft sind erkannt, mögen sie Generaldirektoren von Banken und Konzernen oder satte

Bonzen in Barbaren-Klubfeiern sein, ihr System bricht zusammen und wir werden einen neuen Staat, eine gesunde Volkswirtschaft aufbauen, zusammen mit den guten Kräften, die uns heute teilweise noch skeptisch gegenüberstehen, die aber in diesen Tagen eine bittere Schule durchlaufen, die nicht vergeblich sein wird.

Die Danabank ist zusammengebrochen, andere Banken, andere Unternehmungen werden folgen. Neue Notverordnungen werden kommen, die wie die beiden letzten das Privateigentum angreifen. Man wird sanieren und wieder zusammenbrechen, man wird leimen, kitten und wieder zerbrechen, man wird die letzten Todeszuckungen dieses Systems erleben, bis alles vorbei ist. Aber noch ist es nicht so weit und gerade darum fordern wir wie schon seit Wochen immer wieder: **Steket vorher ab, laßt es nicht zum äußersten kommen, denn jeder Tag und jede Stunde, in der ihr euch hilflos gegeneinander wertlose Bürgschaften leistet, jeder Tag kostet dem deutschen Volke Millionen seiner Substanz!**

Der Hooverplan gab Frankreich einen neuen Brieffahrschein auf 500 Millionen, die wir später begleichen müssen und die Ausfallbürgschaft der deutschen Wirtschaft, die schneller fällig werden wird als man sich gedacht, bringt eine weitere Belastung in gleicher Höhe, die beide im Gegensatz zu den politischen Zahlungen aus dem Youngplan auch bei neuen politischen Vereinbarungen abgedeckt werden müssen. Die Sanierung der Danabank, soweit sie überhaupt beabsichtigt, bezw. möglich ist, bringt in der Endwirkung den gleichen Vorgang und vor allem die neue so sehnlich herbeigewünschte Kriechanleihe wird abermals den Verzicht auf deutsche Sachwerte erheischen und keinesfalls der deutschen Regierung als Staatsanleihe zur Verfügung gestellt werden. Das amerikanische Leihkapital benutzt den Hooverplan und die dadurch geschaffene politische Situation, über die Pariser und Londoner Börse seine gefährdeten politischen Anleihen aus Deutschland zurückzugiehen und erklärt sich gleichzeitig bereit, neue Anleihen zu geben, diesmal aber nicht dem Staat, bezw. im Vertrauen auf den Staat, sondern gegen Bedingung von noch vorhandenen Sachwerten in Deutschland, die sich realisieren lassen. Kreuzer begann mit dem Zündholzmonopol, im Hooverplan mußte die Reichsbahn daran glauben, was wird nun folgen?

Darum fordern wir immer wieder **Rücktritt dieser Regierung**, die die Lage nicht wirklich meistern kann, weil hinter ihr die nationalen und daher staats-erhaltenden Elemente nicht stehen und stehen können.

Wir flagen Herrn Brüning und seine Mitarbeiter an, nicht wie es jetzt ein Teil der Regierungspresse mit flauen und flachen Worten tut, sondern wir flagen ihn an, weil er in falscher Front mit falschen Mitteln eine eben darum so grundsätzliche Außenpolitik betrieben hat, die für die jetzt andringende Katastrophe verantwortlich ist. Es gehört zu den größten Tugenden der Gegenwart, uns, die wir immer wieder alle die eingetretenen Folgen vorausgesehen haben, für die gemachten Fehler verantwortlich zu machen und es ist eine völlige Verhöhnung der noch zu büßenden Schuldsumme, wenn jetzt die Volkspartei als Hauptschuldige an dem Zusammenbruch auf Bauernfang ausgeht und eine Konzentrationsregierung zur Rettung des Vaterlandes fordert. **Wir haben bisher diese Rettung gegen die Volkspartei versuchen müssen, wir werden sie nunmehr ohne sie durchführen.**

Wir flagen aber auch den Reichsbankpräsidenten Dr. Luthar an, der die Reichsregierung zu der so verhängnisvollen Kreditpolitik verleitet hat, obwohl sein Vorgänger, Dr. Schacht, auch schon damals ausdrücklich vor ihr warnte. Man ist über ihn hergefallen wie über uns und heute will man ihn wiederholen, um die Danabank zu sanieren. Er hat es abgelehnt, wohl weil im heutigen System jede Sanierungshoffnung ein Trugschluß ist.

NSDAP. fordert Reichstagsüberberufung

Wie wir erfahren, heißt es in einem Schreiben der NSDAP. an den Reichstagspräsidenten Lobe, daß nach der Vereitelung der Erpressungsabsichten durch Frankreich nunmehr die Engländer und Franzosen versuchen, das Deutsche Reich um den Rest seiner Souveränität zu bringen. Es wird auf die Notverordnung zugunsten des „Zwangskapitals“ Bezug genommen und betont, daß der Reichstag dazu Stellung nehmen müsse. Auch solle der Reichstag sein entschiedenes Veto einlegen gegen den **Besuch des Reichsanzlers und des Außenministers in Paris**, wozu alle Vorbereitungen getroffen seien, um aus diesem Anlaß das deutsche Volk seiner Bewegungsfreiheit reißlos zu berauben und ihm jede Hoffnung auf eine Wiederaufrichtung des Vaterlandes illusorisch zu machen.

Das Schreiben schließt mit der Forderung der Einberufung des Reichstags. Es ist unterzeichnet von drei nationalsoz. Mitgliedern des Reichstags; das heißt, daß der Reichstag einberufen werden muß; da das Verlangen dreier Mitglieder erforderlich ist.

Eine feine Gesellschaft

Jetzt wollen sie's nicht gewesen sein

Berlin, 14. Juli. Der Parteivorstand, der Parteiauschuß und die Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben in ihrer Sitzung am Dienstag eine Kundgebung beschlossen, in der es u. a. heißt:

Der Wahnsinn des Friedens wird zu Fluch

Eine Erklärung Hitlers

Newyork, 14. Juli. Die hiesigen Blätter veröffentlichten in großer Aufmachung eine schriftlich unterzeichnete Erklärung Adolf Hitlers über die Lage in Deutschland, die Hitler der United Press zwecks Veröffentlichung in den Vereinigten Staaten übermittelt hat. Diese Erklärung lautet wie folgt:

„Die nunmehr eingetretene Sachlage bestätigt meine früheren Befürchtungen und Vorheragen: Der Young-Plan endet mit einer Wirtschaftskatastrophe, die ihre Rückwirkung auf die ganze Welt ausstrahlen wird. Der Wahnsinn des Friedensvertrages von Versailles, durch den künstlich für alle Zeit die Welt in zwei Teile zerrissen werden soll, wird zu einem Fluch für die ganze gestützte Menschheit werden, denn die größte Gefahr ist nicht eine Wirtschaftskatastrophe, sondern die größte ist die drohende Volksewigkeit als Folge des allgemeinen Wirtschaftsrums. Wir sind jederzeit bereit, die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Die

nationale Opposition ist der Ueberzeugung, daß sie allein fähig ist, diese letzte Entwicklung aufzuhalten. Es gibt in Zukunft nur zwei Möglichkeiten:

Entweder wird unsere Bewegung den Bolschewismus überwinden oder der Bolschewismus wird Mitteleuropa und vielleicht noch weit darüber hinaus die übrige Welt in ein Chaos verwandeln.

Wann immer auch das Schicksal uns die Macht geben wird, so glauben wir nicht an die Möglichkeit der Erfüllung politischer Tribute, wohl aber an die Notwendigkeit der Erfüllung jeder rein wirtschaftlichen Verpflichtungen, die Deutschland im Laufe der Jahre auf sich genommen hat. Es wird unser oberstes Ziel bleiben, eine allgemeine politische und wirtschaftliche Konsolidierung Deutschlands, wenn auch mit schärfsten Mitteln durchzuführen. Für uns heißt das aber, in erster Linie immer: „Niederrückung des Bolschewismus in jeder Form“.

München, den 13. Juli 1931. (gez.) Adolf Hitler.

Der Nordwolle-Krach als Folge unzulänglicher Gesetze

Von Heinz Krißke, Bremen

Was sind nun die heute allgemein eingesehenen Ursachen des Zusammenbruchs der Nordwolle? Die amtliche Lesart lautet: Vor allen Dingen liegen die Verluste im Rückgang der Konjunktur begründet. Zum zweiten: in der von der Gesellschaft getätigten Angliederung der verarbeitenden Industrie; zum dritten: in den von der Gesellschaft vorgenommenen Aktientransaktionen.

Das mag objektiv richtig sein, obwohl der Voranstellung der Konjunkturrückläufe eine gewisse Tendenz, die anderen Verluste ungewollt erscheinen zu lassen, nicht abgesprochen werden kann. Ein Verlust von rund einer Viertel Milliarde Reichsmark auf Konjunkturrückläufe zurückzuführen, wenn zudem bekannt ist, daß die Befähigung des Werkes und die vorliegenden Aufträge nicht abnorm abgenommen haben, ist doch sehr naiv, und wir Nationalsozialisten vermuten, daß diese Konjunkturrückläufe nur vorgegeben werden, um die Aufmerksamkeit des Publikums, vor allen Dingen aber der Aktionäre, von den Krebschäden unserer heutigen Wirtschaftsform und damit von der Unzulänglichkeit des heute geltenden Rechts abzulenken.

Hätte das Reich sich unsere seit Jahren gestellten Anträge zur Neuordnung des Aktienrechts und vor allen Dingen zum Erlaß eines Bankenaufsichtsrechts zu eigen gemacht, so wäre dieser Zusammenbruch, das kann man ruhig behaupten, trotz allgemeiner Wirtschaftskrise und trotz Konjunkturrückgang nicht eingetreten. Die Hauptschuld an diesen Dingen trägt also die Gesetzgebung des Reichs.

Was fordern wir Nationalsozialisten denn schon seit Jahren? Wir fordern mit vollem Recht, daß

der Einfluß der Banken auf die Industrie

durch ein Bankgesetz ausgeglichen wird, das den Banken verbietet, Selbstkäufer und damit Besitzer von Industrieaktien zu werden. Es ist ein Unding, daß ein Kreditinstitut zugleich Mitbesitzer des von ihm bedienten Werkes ist. Dadurch entstehen dann die Zustände, wie wir sie jetzt bei der Nordwolle erleben. Wenn derjenige Bankdirektor, der über die Kreditgebung für ein Werk zu entscheiden hat, auf der anderen Seite im Aufsichtsrat dieses Werkes sitzt, und zwar als Vertreter seiner Bank, die selbst Großaktionärin dieses Werkes ist, dann ist es ihm nicht möglich, dem Kredit eine entsprechende Sicherheit zu geben, und ihn nur gegen diese Sicherheit abzugeben, denn er selbst ist ja daran interessiert, daß das Werk den Kredit bekommt. Dadurch entsteht dann das Mißverhältnis, das bei der Nordwolle in neuester Lesart lautet, daß 116 Millionen Schulden an inländische Banken nur 16 Millionen Sicherheiten gegenüber stehen. Als zweites Grundfähliches ist zu fordern, daß es keiner Bank gestattet sein darf, einen höheren Kredit an einen Einzelkunden zu geben als 10 Prozent ihres eigenen Kapitals, dann wäre der Zusammenbruch der Danabank vielleicht nicht in der Form erfolgt. Es kommt uns bestimmt nicht auf das leicht e Wohl der einzelnen Bankgewaltigen an, wenn wir dieses Gesetz fordern, wir haben nur das Wohl der Allgemeinheit im Auge, das durch

solche leichtfertige Kreditwirtschaft

auf das gefährlichste gefährdet werden kann. Ueber diese Bankgesetze hinaus forderten wir seit Jahren eine Revision des gesamten Aktienrechts. Spekulationen mit

eigenen Aktien, werden von allen Seiten als äußerst gefährlich angesehen, der Gesetzgeber zieht aber aus dieser Gefährlichkeit nicht die nötigen Konsequenzen und verbietet nicht den Aktiengesellschaften einen Selbstwerb eigener Aktien, also eine Spekulation mit eigenen Aktien, er wundert sich aber dann, wenn Verluste größten Ausmaßes das plötzliche Zusammenbrechen großer Firmen verursachen.

Wir Nationalsozialisten fragen uns auch, warum fordert der Staat, der doch letzten Endes diesen Zusammenbruch bezahlen muß, nicht Rechnung nicht nur von den Direktoren, sondern auch von den Herren Aufsichtsräten. Der Staat ist verpflichtet, wenn er es gestattet, daß ein einzelner Aufsichtsratsposten in uneingeschränkter Zahl annehmen kann, dafür zu sorgen, daß dieser Aufsichtsratsrat zum mindesten seine Pflicht tut, und das Werk beaufsichtigt. Brauchte er das nicht, dann wäre er ja überflüssig und seine Bezüge könnten gespart werden. Wir fordern, daß die Zahl der Aufsichtsratsposten, die ein einzelner übernehmen darf, rigoros beschränkt werden. Dann ist für das Aufsichtsratsmitglied auch die Möglichkeit gegeben, die Verantwortung für seine Tätigkeit zu übernehmen. Ausreden, wie unzureichende Buchführung sind dann nicht mehr möglich, während man von einem 70fachen Aufsichtsratsrat natürlich nicht erwarten kann, daß er jedes der von ihm beaufsichtigten Werke auch wirklich kennt. Gefälschte Bilanzen werden, solange es Gauner unter Kaufleuten gibt, immer vorkommen, daß aber diese Korrigierung der Bilanzen Jahre hindurch nicht gemerkt wird, daran ist der Gesetzgeber schuld, zumal er sich zu einer wirklichen Beauftragung nie entschließen kann.

Zusammengedrängt, wir Nationalsozialisten fordern — abgesehen von unserer grundsätzlichen Forderung auf

Verkauflichkeit der Großbanken und Börsen,

die erst im Dritten Reich zur Wirklichkeit werden wird — heute schon wenigstens ein neues Banken-Aufsichtsgesetz, das den unheilvollen und heute leider übermächtigen Einfluß der Banken auf die Industrie bricht und dessen Ausarbeitung im Hinblick auf die sehr brauchbaren Vorbilder, die sich heute schon bewährt haben (Italien, Südamerika) keine allzugroßen Schwierigkeiten bereiten würde. Wir fordern ferner eine Neuordnung des gesamten Aktienrechts, damit solche, durch Gesetz zwar heute erlaubte, aber trotzdem in der Auswirkung verhängnisvolle Spekulationen, die zum Zusammenbruch ganzer Industrien führen können, in Zukunft vermieden werden.

Wenn der Staat sich hierzu bereit erklärt, dann kann er in Zukunft nicht mit Recht den Stab über diejenigen brechen, die gegen diese Gesetze verstoßen, vorher aber auf keinen Fall.

Zum Schluß. Im Reichstagswahlkampf im September 1930 haben Staatspartei und Volkspartei gegen die verhassten „Nazis“ einen Anspruch des bekannten Wirtschaftsführers Lohsen kolportiert, der von einem rüßig gewordenen Haupte meinte, man solle es ausbessern und nicht niederreißen. —! Bis heute hat der Wirtschaftsführer seine Befähigung zum Niederreißen eines großen und festen Hauses wohl einwandfrei bewiesen, während unsere Politik und Wirtschaftsauffassung diesen Niederbruch eben gerade verhindern wollte.

daß das Volk nicht weiter beunruhigt werden solle, spürlos vorübergegangen. Denn dieser Aufruf stellt eine maßlose Forderung dar. Wenn die NSDAP. ihn gebracht hätte, dann hätte man sie glattweg verboten, aber die Devisenbeschränkungen dürfen gegen bis zur Siegelzeit! Wenn nicht schon lange bekannt wäre, daß die SPD-Parteibonzen auf ihrem Verstand sitzen, dann müßte man sich wundern, daß sie die Borntheit besitzen, von ihrer eigenen marxistischen Saumwirtschaft zu sprechen. Vor der Verantwortung, die sie auf sich genommen haben, kann sie aber kein Gott und kein Oberbonze mehr freisprechen.

Hinein in die S-A

„Die Krise hat sich verschärft. Zusammenbrüche großer Industrie- und Bankunternehmungen zeichnen ihren Weg. Mit ihnen bricht die Lage von der „marxistischen“ Mißwirtschaft zusammen, die erfunden wurde, um von den wahren Schuldigen abzulenken, dem kapitalistischen System und seinen Vertretern. Das kapitalistische Unternehmertum ruft nach Hilfe des Auslandes, aber ein wesentlicher Teil dieses Unternehmertums hat den verhängnisvollen Wahnwitz der nationalsozialistischen Reaktion im September vorigen Jahres bezählt und ihr kreditverfälschendes Treiben bis zum heutigen Tage mit allen Mitteln gefördert. In der Stunde höchster Gefahr fordern wir entschlossene Umkehr. Mit Nachdruck erneuern wir die Forderung nach Aenderung der Notverordnung vom 5. Juni und nach Befestigung des verübten sozialen Unrechts. Ausländische Hilfe in ausreichendem Maße tut not. Dazu bedarf es einer Außenpolitik der Verstärkung, die weder mit herausfordernden Hauptreden belastet ist, noch auf leere Prestigegebühre nahrung nimm.“

Die Partei der Vaterlandsverräter hat plötzlich die Herren verloren, an ihr sind die Verordnungen des Kanzlers,

Letzte Nachrichten

Erhöhung des Rediskontkredits abgelehnt.

Berlin, 15. Juli. Wie wir erfahren, wurde in Basel nach Annahme des Antrages auf Verlängerung des Rediskontkredits von 100 Millionen Dollar für die Reichsbank ein zweiter Antrag des Gouverneurs der Bank von England eingebracht. Dieser Antrag bezweckte eine Erhöhung dieses Rediskontkredits. Er wurde infolge des Widerstandes der Bank von Frankreich und der belgischen Nationalbank abgelehnt.

England-Flug des „Graf Zeppelin“ abgelehnt.

London, 15. Juli. Der „Graf Zeppelin“ wird nicht, wie vorgesehen, am 16. Juli nach England fliegen. Dr. Edener hat an den Master of Semphill, der für die Mitglieder des Flieger-Clubs von Henworth einen Rundflug um England veranstalten wollte, folgendes Telegramm gerichtet: „In Anbetracht der außerordentlich ernsten Lage in Deutschland sehe ich mich zu meinem größten Bedauern gezwungen, den Flug des „Graf Zeppelin“ nach London am nächsten Donnerstag zu verschieben. Ich hoffe jedoch, den Flug zu einem späteren und günstigeren Zeitpunkt ausführen zu können“.

Blutiger Streit zwischen deutschen Seelenten in England.

London, 15. Juli. In Fleetwood gerieten zwei deutsche Seelente aus noch nicht bekannten Gründen aneinander. Der Köpflach G. Walter vom Fischdampfer „Hermann Friedrich Schröder“ verlegte hierbei den Heizer Karl Haaf von dem Turbuhaver Fisch-

dampfer „Guido Meerling“ mit Messerfischen, so daß letzterer mit fünf schweren Stichwunden dem Hospital in lebensgefährlichem Zustande zugeführt werden mußte. Die beiden Dampfer hatten bei Clondyke-Ground westlich von Scotland geistigt und waren mit Heringen und Makrelen eingelaufen.

Steuern müssen bezahlt werden

Berlin, 15. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: „Die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse haben in gewissem Umfang zu einer Steigerung der Steuerzahlungen geführt. Eine derartige Steigerung muß im Interesse der Allgemeinheit mit allen Mitteln bekämpft werden. Gerade in Zeiten wie den gegenwärtigen ist besonderer Wert darauf zu legen, daß jeder seinen steuerlichen Verpflichtungen pünktlich nachkommt. Gehen die geschuldeten Steuern nicht pünktlich ein, so wird, wie bisher, mit Einziehung im Nachnahmeverfahren, Mahnung und Beitreibung vorgegangen werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch trotz der beiden Bankfeiertage Steuerüberweisungen jederzeit vorgenommen werden können. Das gilt auch für die Inhaber von Konten bei der Danabank.“

Der Verwaltungsrat der Rentenbank einberufen

Berlin, 15. Juli. Wie wir erfahren, ist der Verwaltungsrat der Rentenbank zur Beratung des Planes einer Verwendung von Rentenmarktscheinen auf Mittwoch um 15,30 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden.

Opfer der Young-Politik

So gehen deutsche Menschen zu Grunde.

Osterholz-Scharmbeck, 15. Juli. Eine entsetzliche Verzeiwungstat forderte in dem kleinen Ort Osterholz fünf Todesopfer. Der Landwirt Hinrich Seedorf steckte gegen Mitternacht, nachdem er seine vier Kinder im Alter von 1 bis 8 Jahren auf der Diele des Hauses versammelt hatte und auch seine Liebingspferde dort festgemacht hatte, das Gebäude in Brand. Bevor aus Osterholz-Scharmbeck die Feuerwehr zur Stelle war — in Osterholz selbst besteht eine Feuerwehr nicht — stürzte das brennende Dach des rings von Flammen und begab den etwa vierzigjährigen Besitzer mit seinen vier Kindern unter sich, die sämtlich nur als völlig verkohlte Leichen heute morgen unter den Trümmern hervorgezogen werden konnten. Ueber die Ursache war bisher in Erfahrung zu bringen, daß Seedorf die furchtbare Verzeiwungstat aus wirtschaftlichen Gründen begangen hat; denn es sollte, wie schon mehrmals vorher, bei ihm wieder gepöndelt werden. Nachbarn gegenüber hatte Se. schon Tage vorher geäußert, daß man ihn lebend nicht aus dem Hause herausbringen würde. Um ein Haar wären auch die Ehefrau, die Großmutter und das Dienstmädchen Opfer der Flammen geworden.

Der neue Dolchstoß der G.B.D.

Zu der Vorgeschichte der englischen Stellungnahme für den französischen politischen Forderungen bringt der Berliner Vertreter des „Manchester Guardian“ aufsehenerregende Angaben. Die deutsche sozialdemokratische Partei, so wird berichtet, habe lebhafte mit der englischen Labour-Regierung in Fühlung gestanden.

Die Sozialdemokratie sei es gewesen, die den Reichszentralrat über die Stimmung der englischen Regierung und auch davon unterrichtet habe, was man in Paris von dieser Angelegenheit — nämlich das Panzerschiff und die Zollunion — denke.

Es sei in Berlin bekannt, daß die deutschen Landwirtschaftszölle in London nicht gern gesehen würden, und es sei ebenfalls bekannt, daß England an einer deutsch-polnischen Verständigung sehr interessiert sei. Der Vertreter behauptet dann weiter in diesem Zusammenhang, daß Deutsche, selbst solche in der Regierung, insgeheim die deutschen Panzerschiffe auf den Grund des Meeres verwinzigen und möchten, daß sich das deutsch-österreichische Abkommen in ein Nichts auflöse.

Diese Angaben des „Manchester Guardian“ beziehen sich auf den kürzlichen Besuch des Parteivorsitzenden der G.B.D., Wels, in London sowie auf die Tätigkeit des Abg. Breitscheid in Paris, während der entscheidenden Kammerabstimmung über den Hoover-Plan und bestätigen unsere Annahme, daß die Führer der „deutschen“ Sozialdemokratie wieder dem deutschen Volk in entscheidender Stunde in den Rücken fällt und die Partei über das Vaterland stellt. Die Abrechnung des erwachten Deutschland wird nicht auf sich warten lassen!

Deutsche Reichsregierung

nach französischen Interessen

Den Reichsführer des Nationalsozialistischen Studentebundes, P. Baldrn v. Schirach, hat man zusammen mit dem Arbeiter P. Goffier vor 8 Tagen gefangen genommen und gefesselt abgeführt hat, weil er die studentische Jugend zum Kampf gegen das Schandbildnis von Versailles aufgefordert hatte, verurteilte man zu einer Gefängnis-

In den nächsten Tagen

wird durch die Post das Zeitungsgeld für Monat August eingezogen. Wer also in der Lieferung der B. N. Z. keine Unterbrechung wünscht, läßt rechtzeitig ein. Nach dem 25. erhebt die Post eine Nachgebühr von 20 Pfennig.

lage der deutschen Landwirtschaft erkaufte hat, ist unwiderlegbar. Die Broschüre schließt mit den „Dampfern am deutschen Volke“, die den Kreditnehmern aus Not zu wucherischen Bedingungen die letzte Kraft ihres wirtschaftlichen Daseins auslaugen. Die Broschüre ist mit großem Verständnis des Existenzkampfes der deutschen Landwirtschaft geschrieben und mit vielem unwiderlegbarem Tatsachenmaterial ausgestattet. Sie ist wertvoll für unseren Kampf um die Erhaltung des deutschen Bauerntums.

So erzieht man sich Rebellen

„Strafe“ für Berliner Studenten — Und was geschieht einem Naziwilly?

Berlin, 15. Juli. Der Senat der Berliner Universität hat sich demüßigt gesehen, in Verfolg der jüngsten Vorgänge an der Universität sieben Studenten, darunter vier „rechtsradikale“, d. h. wohl Nationalsozialisten, von der Universität Berlin zu entfernen. Gegen zwei wurde auf Androhung der Entfernung erkannt, während drei vom Rektor mit einem Verweis bestraft wurden. Die Judenpresse hatte bereits berichtet, daß der Senat mehrere Studenten relegiert, d. h. für immer vom Studium ausgeschlossen habe. Diese Meldungen entsprechen nicht den Tatsachen, da Relegationen nur im Falle erfolgloser Gesinnung in Frage kommen.

Der Senat der Berliner Universität hätte besser getan, wenn er die Gründe unterjucht hätte, die nicht nur in Berlin, sondern auf allen deutschen Hochschulen die studierende Jugend zur Auflehnung gegen die hummelnippel-geprüfte „Ruhe und Ordnung“ getrieben hat.

Bekanntmachungen

Sektion Jindorf

Die für Freitag angekündigte Versammlung der Sektion Jindorf muß wegen der Massenversammlung in den Centralhallen ausfallen. Der neue Termin für die Sektionsversammlung wird in der Sonnabend-Ausgabe bekanntgegeben.

NSDAP Bremen

Geschäftsstelle: Pelzerstr. 12-13. D. 20 012. Geschäftszeit: 8,30 bis 20 Uhr. Postfachkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann. Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M.D.R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16,30 bis 18,30 Uhr zu sprechen.)

Sektion Offen

Sprechstunde: Dienstags 19,30—20 Uhr, Geschäftsstelle.

Sektion Weßen

Der Sektionsführer West ist jeden 1. und 3. Dienstag Geschäftsstelle 19,30—20,30 zu sprechen.

Sektion Habenhausen

Der Sektionsführer Habenhausen ist jeden 1. und 4. Dienstag in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Neustadt

Der Sektionsführer Neustadt ist jeden Montag und Dienstagabend v. 8—10 Uhr in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Mitte

Sprechstunden des Sektionsführers am 1. und 3. Montag von 20—21 Uhr, Geschäftsstelle.

Sektion Schwachhausen

1. und 3. Montag von 20—21 Uhr, Geschäftsstelle.

Sektion Jindorf

Der Sektionsführer ist jeden Montag auf der Geschäftsstelle von 20—21 Uhr zu sprechen.

Sektion Huchting

Der Sektionsführer ist jeden 1. Montag eines Monats in seiner Wohnung zu sprechen.

S.A. (Sturmabteilung)

Geschäftsstelle: Pelzerstr. 12-13. D. 20 012. Geschäftszeit 9—13 und 15—19 Uhr. Sonnabends 10—14 Uhr. U.S.D. Aertzleubund.

Geschäftsstelle: Pelzerstr. 12-13.

NSFB. (Nationalsozialistischer Lehrerbund)

Anmeldungen zum Nationalsozialistischen Lehrerbund werden jeden Nachmittag (außer Sonnabend) auf der Parteigeschäftsstelle, Pelzerstr. 12-13, entgegengenommen.

Kriegsbeschädigte

Jeden Donnerstag Sprechstunden des Obmanns von 19 bis 20 Uhr auf der Geschäftsstelle.

Deutscher Frauenorden

Geschäftsstelle: Pelzerstr. 12-13. Sprechzeit: Dienstags von 10—13 Uhr, Freitags 16—19 Uhr.

NS. (Nationalsozialistischer Schülerbund)

Gau- und Bezirksleitung: Pelzerstr. 12-13 (hinterhaus). Bezirksgeschäftsstelle geöffnet täglich 13,50—14 Uhr und 18—20 Uhr. Sprechstunden des Bezirksführers: Montags, Mittwochs und Sonnabends 18—20 Uhr.

H.J. (Hitler-Jugend)

Geschäftsstelle: Simonstr. 25 II. Sprechstunden des O.G.S.

Leihbibliothek. Die leihweise Ausgabe von Büchern guten Inhalts findet statt an jedem Dienstag und Freitag von 2 bis 4 Uhr auf der Geschäftsstelle, Pelzerstraße 12—13. Parteigenossen, die gute Bücher aus ihrer Bibliothek entbehren können, werden gebeten, dieselben in der Geschäftsstelle abzugeben.

Herausgeber Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans-Joachim von Eickert, für den Anzeigenenteil: H. Gildner; sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Druck: Rempe & Co. Druckereligschmidt m. b. H. Bremen. Für unverlangt eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Wiedergabe nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

In den Ferien

erhalten Sie auf Wunsch die B. N. Z. durch Streifband. Geben Sie sofort Ihre Ferien-Adresse auf.

Vertriebsabt. der B. N. Z.

zu 2½ Pfg. an das Ausland ab und unser bettelarmes Volk zahlt in München und in anderen Großstädten für ein Pfund Brot 25 Pfg., sind eine ungeheure Anklage an die verantwortlichen Regierungstellen, die diese sinnlose Verschleuderung besten deutschen Brotgetreides gestatten.

Ein besonderes Kapitel hat der Verfasser der unsmigen Einfuhr ausländischer Getreide und ausländischen Hopfens durch die Großbrauereien gewidmet. Seine Anklage, daß ein Teil der deutschen Brauindustrie ihr Wohlergehen mit der Not-



Bremen Achtung!

Massen-Versammlung

Der wirtschaftliche Zusammenbruch und die S. P. D.

am Freitag, 17. 7. 31, 20.30 Uhr in den

Centralhallen

NSDAP (Hitlerbewegung) Ortsgruppe Bremen

Eintritt 50 Pf.

Erwerbslose 20 Pf.

Juden Eintritt verboten

Familien-Anzeigen

Geborene: Alexander Baus u. Frau Lene, geb. Möhlenpape (Anabe) Ewin Rothmager u. Frau Sannchen, geb. Fein (Anabe) Johann Wilhelm und Frau Jennu, geb. Frösch (Anabe) Richard Laube u. Frau Christa, geb. Hausbold. (Madel).

Verstorbene: Hanna Spedien u. Erich Peterjen. Grete Eilers und Robert Richter. Ella Schmidt u. Max Sommer. Hedwig Freie u. Franz Gerhard. Ingeborg Rienslaedt und Herbert Weinrich. **Verstorbene:** Hermann Buermeyer u. Sildegard Buermeyer geb. Rienslaedt Hans Delhaufen u. Anne Delhaufen, geb. Sonidel. Wilhelm Schwartzing u. Minu Schwartzing geb. Meier. Albert Pape und Anni Pape geb. Grete. Bernhard Dite und Grete Dite geb. Wulff.

Verstorbene: Alfred Eiser im 51. L. Helene Beder im 6. L. Wilhelmine Wöde im 87. L. Hermann Panning im 73. L. Elisabeth Schröder, geb. Richter im 44. L. Heinrich Wandermann im 73. L. Emilie Goosjen geb. Bredow im 79. L. Adelheid Biedte geb. Prellke im 68. L. Rolf Bohn im 3. L. Heinrich Pfeiffer im 59. L. Christian Lange im 63. L. S. Mengethen. Reinhold Bremer. Peter Rohr. Auguste Schulze im 70. L. Julius Meyer im 61. L. Gunna Jael im 6. L. Hermann Meybohm im 24. L. Christoph Bauer im 63. L.

Gutschein!

Gültig für Kleine Anzeigen bis 6 Zeilen. Für diesen Gutschein erhalten Sie

eine Anzeige

unter Mieten u. Vermieten, Kaufes, Kaufangebote, Stellenmarkt etc. in der Größe von 6 Zeilen bei Zuzahlung von nur 50 Pfennig.

Gültig bis zum 31. Juli 1931.

Winkelmann - Uhren
genaue Zeit
D 29718 Papenstr. 17

SA - Ausrüstung

vorschriftsmäßig, alle Einzelteile liefert Pg. und SA-Mann

Karl Löbe
Bremen, Lützowstr. 85/87
Roland 10260

STADTTHEATER

Mittwoch 20 Uhr:
Viktoria und ihr Husar

Donnerstag 20 Uhr:

Auf vielseitigen Wunsch:
Das Land des Lächels

Freitag 20 Uhr:

Lady X

Sonnabend 20 Uhr:

Viktoria und ihr Husar

Sonntag 20 Uhr:

Viktoria und ihr Husar

Kleine Preise: 50 Pf. — 4. Mk.

Der Friseur

H. Joh. Denede, Bachstraße 54
ist gut u. billig!

Ärzte-Tafel

Dr. med. Thyssen
Lützowstraße 74
zurück

Stellengesuche

Kaufmann 34 Jahre
gewissenhaft und
ehrlich sucht

Anstellung

gl. w. Art. Off. und

V. 130 a. d. Exp. d. Bl.

Stunden-

hilfe

ab 12 Uhr mittags

Haferkamp 79

Schüler.

Mitglied der N.S.D.

sucht während der

Ferien Besch. gl. w.

Art, um s. eine Uni-

form besch. z. könn.

Angebote u. U 128

Wer leiht oder

stiftet

SA-Mann

der vollst. all. ist.

Bettstelle

Eilangebote an die

Nationalsech. Buch-

handlung Pelzer-

straße 12/13

Chauffeur

sucht

Stellung

für Personen oder

Lieferwagen. Ang.

u. Y 132 a. d. Exp.

Zuverlässiges anst.

je Mädchen

zum 1. Aug. i. Ge-

schäftshaushalt die

an selbständ. Ar-

beiten gewöhnt ist,

nicht u. 25 Jahre bei

Familienanschluß

nach Bremen ges.

Nachzutr. Gesch.

Bahnhofstr. 26

Möbliertes Zimmer

Nähe Rembertstr. bis

20. RM v. älteren Dame

gesucht. Angebote an

d. Parteigeschäftsstelle

Pelzerstr. 12-14

Malerarbeiten

teuert billig

Eichholz Oderstr. 95

Oberrhemden

nach Maßz. Fabrik-

preis fertigt an

Frau Peters

Römerstraße 25

Ausi.-Radio

für 4 Röhren

25,- RM. bar,

best. A. E. G.

mit 30. M. Anz. u. 3 Mk.

Rafen. H. Fangmeyer.

St. Magnusstr. 21, Bremen

Maß-

Schneiderei

f. Herren u. Damen

Pg. Karl Bock,

Scheffelstr. 41 III

Westliche Vorstadt

Die durch die ausländischen Kreditkündigungen in den letzten Wochen eingetretenen Kreditschwierigkeiten haben in weiten Kreisen der Bevölkerung eine erhebliche Beunruhigung hervorgerufen. Diese hat dazu geführt, daß überall in ungewöhnlich starkem Maße Guthaben bei den deutschen Banken und Sparkassen abgehoben wurden.

Von dieser Entwicklung ist auch die Sparkasse in Bremen betroffen. Auf Grund genügender Vorsorge ist es ihr bis letzten Sonnabend möglich gewesen, allen Ansprüchen gerecht zu werden.

Die Schwierigkeiten der letzten 24 Stunden haben aber heute die Beunruhigung so sehr vermehrt, daß es bei der allgemeinen Anspannung auf dem deutschen Geldmarkt nicht mehr möglich war, das gesteigerte Abhebungsverlangen der Spareinleger voll zu befriedigen. Die Sparkasse hat sich daher wie die übrigen deutschen Sparkassen genötigt gesehen, die Auszahlungen zu beschränken.

Die der Sparkasse anvertrauten Gelder müssen von ihr zinstragend angelegt werden, um die Guthaben der Einleger verzinsen zu können. Das ist geschehen hauptsächlich durch Belegung erststelliger Hypotheken auf 17500 bremische Grundstücke. Die Einlagen der Sparkasse arbeiten also zum Nutzen der bremischen Bevölkerung; sie dienen dem wirtschaftlichen Leben unseres Gemeinwesens. Daneben sind für die tägliche Verfügung Gelder kurzfristig in verschiedenen Formen jederzeit greifbar angelegt worden. Trotz vorsichtiger Verteilung dieser Anlagen können in Zeiten stärkster Anspannung auf dem gesamten Geldmarkt die kurzfristig angelegten Gelder nicht schnell genug flüssig gemacht werden, wenn die Reichsbank wie jetzt mit den Zahlungsmitteln zurückhalten muß, um die deutsche Währung zu schützen.

Es gilt jetzt vor allem, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. In kürzester Frist muß die erwartete Klärung auf dem Geldmarkt eintreten. Bei dieser Sachlage muß im Interesse aller Sparer den Angstabwehungen begegnet werden, die sonst zur Kündigung von Hypotheken führen müßten. Daher sieht sich die Sparkasse genötigt, die in § 6 niedergelegten Bestimmungen für die Einlagen und Auszahlungen auf Einlegebücher — wie sie in jedem Sparbuch abgedruckt sind — anzuwenden und Einhaltung der Kündigungsfrist zu verlangen.

Die Sicherheit der Anlagen der Sparkasse ist unzweifelhaft, für eine Beunruhigung der Sparer besteht deshalb nicht der geringste Grund.

Bremen, den 13. Juli 1931.

Verwaltungsrat und Vorstand der Sparkasse in Bremen

Aus Bremen Stadt und Staat

Strandgeschichten
von Affessor Ehrlicher.

Während im übrigen Deutschland Staubaufwirbelnder Weise die Wirtschaft zusammenbricht, gibt es doch noch ein Fleckchen Erde unweit von Bremen, wo man in kindlicher Spielerei Jagd auf Hakenkreuze macht, die etwa ein Kind beim Buddeln am Strand zufande bringt. Wir hören aus Borkum von einer ganzen Reihe von empörten Badegästen, daß ein gewisser Affessor Ehrlicher von Staats wegen seine Zeit damit vollbringt, Jagd auf politische Fahnen und Hakenkreuze zu machen und damit die Badegäste verärgert.

Seine Strandherrschaft geht so weit, daß er auch sonstige Fahnen, die ihm aus irgend einem Grund nicht passen, beschlagnahmt. So schreibt uns eine Wienerin, daß man ihr eine schwarz-weiß-rote Fahne mit der Aufschrift „Deutschland erwacht!“ als staatsgefährlich formnahm. Erst auf ihr energisches Auftreten und dem Drohen mit der österreichischen Gesandtschaft erhielt sie ihre Fahne wieder, und wir bewundern die staatsbehaltende, aber auch großdeutsche Gesinnung dieser Wienerin, die es nach dieser Behandlung noch fertig brachte, ihre geknüpfte Fahne mit dem Satz „Deutschland über alles“ zu versehen. Dafür mußte sie sich dann in einer sogenannten deutschen Zeitung als lästige Ausländerin beschimpfen lassen.

Herr Affessor Ehrlicher vertritt im übrigen den Standpunkt, daß ruhig 50 Prozent der Kurgäste abreisen könnten, und es sind Hunderte, die sich schon beschwerten, wenn es ihnen hier nicht passe. Was sagt hierzu die Badenverwaltung, was die Borkumer selbst, die heute bitterer denn je um ihre Existenz ringen?

Den Staat berührt das nicht. Er stützt die Danatbank, er stützt die Nordwolle, er stützt die Borkumer, indem er ihren Strand nach Hakenkreuzen absuchen läßt, und wenn dabei kein Kurgast übrig bleibt.

Schlechtes Mehl. Der Bäckereiverband an der Unterweser, der Montag, 6. Juli mit der Abgabe des verbilligten Brotes begonnen hatte, sah sich genötigt, am folgenden Tage eine Erklärung zu veröffentlichen:

„Nur Roggenfeinbrot verbilligt!

„Das uns verbilligt zugewiesene Roggenschrotmehl ist von so schlechter Qualität, daß kein einwandfreies Brot davon herzustellen ist. Die auf unseren Protest von den Behörden versprochene Lieferung guten Korns ist genau von solch schlechter Beschaffenheit, wie die erste Lieferung. Wir sehen uns deshalb gezwungen, das Verbacken dieses Mehls abzulehnen. Nur das Roggenfeinmehl, welches einwandfrei ist, werden wir zum verbilligten Brot verarbeiten. Für das Schwarzbrot und Gemischtes gilt ab morgen, Mittwoch, wieder der 90-Pfg.-Preis, trotzdem das Mehl dazu sehr im Preis gestiegen ist.“ Wie aus dem Vorausge-

sagten ersichtlich ist, verhehlt die Behörden die Bälke zu veranlassen, Mehl zu verarbeiten, das einen großen Schaden für die allgemeine Volksgesundheit werden kann.

Das Schwarzfahren auf der Straßenbahn hat sich in letzter Zeit wieder sehr bemerkbar gemacht. Wer die Straßenbahn benutzt, ohne zu bezahlen, macht sich, auch wenn er nicht durch den Schaffner besonders aufgefordert ist, des Betruges schuldig. Die Kriminalbeamten sind angewiesen, auf Schwarzfahrer besonders zu achten und sie zur Anzeige zu bringen.

Bremer Vorortbahnen. Die Betriebsleitung der Bremer Vorortbahnen G. m. b. H. schreibt uns: Während der großen Schulferien laufen auf der Strecke Horn-Vilienthal Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends außer den fahrplanmäßigen Wagen noch folgende: Ab Horn Uhr 15, 16, 17, 18, 19; ab Vilienthal 15.30, 16.30, 17.30, 18.30, 19.30.

Agrarpolitik der SPD. Inmitten der Parzellen des Seevereinkeimungs hielten zwischen den Hobeitszeichen des heutigen Systems ein Parzellist seine schwarz-weiß-rote Fahne. Diese ehrliche Gesinnungskundgebung gefiel den Republik-

kanern nicht. Man sucht nach allerlei Mitteln, um den Mann zu schikanieren. Als er eines Morgens seine Parzelle betrat, stellte er fest, daß das ganze Land auslaß, als ob Wildschweine darauf gehauert hätten. Sämtliche Kartoffeln waren aus der Erde gekarrt, Blumen, Büsche und Stauden niedergebetrampelt und an der Landbude hing ein Plakat, auf dem ihm angedroht wurde, falls er noch einmal die schwarz-weiß-rote Flagge aufziehe, werde man ihm die Bude anzünden. Das scheint marxistische Agrarpolitik zu sein.

Vier Nazis wegen Uniformtragens verhaftet

Emden, 14. Juli. Auf der Neutorstraße wurden vier Nationalsozialisten beobachtet, die in ihrer Parteikleidung mit dem Braunhemd dort entlanggingen. Ein Angehöriger des Reichsbanners soll, nach Angaben der NSDAP, die Polizei benachrichtigt haben, die die vier Nationalsozialisten und einen weiteren, der bei der Seftnahme „Deutschland erwacht“ gerufen haben soll, festnahm. Die Seftgenommenen wurde auf die Wache gebracht, wo sie die Kleidung ablegen mußten. Nachdem Bekannte ihnen Zivilkleider gebracht hatten, wurden sie freigelassen. Wie wir hören, waren die Nationalsozialisten der Ansicht, daß das Uniformverbot entsprechend verschiedenen Gerichtsentscheidungen ungültig sei und daß sie sich daher beim Tragen der Kleidung nicht strafbar machten.

Raschen bleibt sitzen

Gähne für einen Stahlhelmüberfall

Auf der Anklagebank der Großen Strafkammer sitzt August Raschen, Bürgerchaftsmitglied und Inhaber leitender Stellen in der KPD. Ihm wird zur Last gelegt, am 1. Juni 1931 zusammen mit mehreren Genossen zwei Stahlhelmer überfallen und mit einem Spazierstock auf sie einschlagen zu haben. Der Verhandlung liegt folgender Tatbestand zu Grunde:

Der Stahlhelmer Meier wollte in Begleitung seiner Eltern seinen Bruder, der den Stahlhelmaufmarsch in Breslau mitgemacht hatte, abholen. Auf dem Wege zum Bahnhof wurden sie in der Heptunstraße von mehreren Leuten angepöbelt. Ohne sich weiter um die Belästigungen zu kümmern, gingen die drei einige Schritte weiter, als sie von einem kleinen Jungen überholt wurden, der ein Stahlhelmschildchen in der offenen Hand trug, das er dem in Uniform befindlichen Meier jr. mit den Worten: „Ich hab auch eins.“ in der offenen Hand präsentierte. Der Angeredete machte den Jungen darauf aufmerksam, daß das Stahlhelmschildchen gefährlich gefährlich sei und nicht in seine Hand gehöre. Darauf hatten einige Kommunisten, die im Eingang des Hauses der Internationalen Arbeiterhilfe standen, gewartet. Zwei Mann stürzten sich auf Meier jr., den sie mit einem Koppel schlugen. Der Vater, der schon einige Schritte weitergegangen war, eilte zurück, um seinem Sohn zu helfen. Aber auch über ihn fielen weitere aus dem Hause der IAH kommende Kommunisten her. Der alte Mann, auf den mit Schlagringen, Fußpumpen und anderen Gegenständen geschlagen wurde, versuchte sich die Angreifer mit seinem Handstock vom Leibe zu halten, als ihm der Stock von einem Mann entziffen wurde, der nun seinerseits noch auf den völlig Wehrlosen, Starbblutenden einschlug, bis er zusammenbrach. Von all diesen Zu-

sammenhängen weiß der sehr selbstgefällige tuende Raschen nichts, obwohl er einwandfrei als derjenige, der dem Stahlhelmer den Stock wegnahm und auf ihn einschlug, wiedererkannt wurde.

Als hiederer Bürger — was die Kommunisten immer zu sein behaupten, wenn sie Gefahr wittern, — kam Herr Raschen an dem fraglichen Abend aus seinen Büroräumen, die sich in der IAH befinden, um nach Hause zu gehen. Plötzlich sieht er einen Mann vor sich, der mit einem Handstock auf mehrere Leute einschlägt. Friedliebend, wie Herr Raschen nun einmal ist, nimmt er dem Mann den Handstock fort, „um Schlimmeres zu verhüten“. Daß er jedoch mit demselben Stock auf Meier sen. losgeschlagen hat, streitet er entschieden ab. Die Zeugenansagen werfen jedoch ein ganz anderes Licht auf die Handlung des Angeklagten. Es wird einwandfrei festgestellt, daß Raschen von einem Zeugen erkannt und angerufen wurde, als er mit einem Spazierstock auf Meier sen. einschlug. Ein anderer Zeuge, der Raschen sofort wiedererkannte, bekundete daselbe. Im wesentlichen ergaben die Vernehmungen klar und deutlich, daß es sich hier um einen planmäßig angelegten gemeinen Überfall handelt, von dem auch der Angeklagte vor seiner Beifolgung gewußt haben muß.

Von dieser Voraussetzung ging auch der Oberstaatsanwalt aus. Er führte aus, daß es eine ungeheure Gemeinheit des Angeklagten gewesen sei, dem 63jährigen Mann, der sich in berechtigter Notwehr befand, seine letzten Verteidigungsmittel, den Handstock, zu entreißen. Weiterhin sei es erwießen, daß Raschen mit zu den aktiven Schlägern gehört, der dann noch auf den völlig Wehrlosen einschlagen habe. Von der ungeheuren Rohheit und Bestialität könne man sich eine Vor-



(11. Fortsetzung)

„Möchte sich die Enkelin meines alten Kriegskameraden Restorf bei uns wohlfühlen. Aber bedenken Sie stets, daß Sie zu armen Leuten gekommen sind. Ansprüche dürfen Sie nicht machen.“

„Ich komme von Dietrichstein, Herr Graf, das ist wohl Antwort genug.“

Nach einer annuitativen Verneigung und die Baroness folgte lachend und plaudernd Christine die Treppe hinauf zu ihrem Zimmer. Beide Herren lachten ihr nach, wie man einem davonflatternden Schmetterling nachschaut.

Sicher ist sie ein armes Mädchenkind, klang es in dem bogen Herzen des alten Herrn. Wozu hat sich wohl die Mittel zum Trousseau als Abfahrgeld anweisen lassen.

„Ist sie nicht ein Königskind, Großvater? — Habe ich zuviel gesagt?“

„Nein, Ulrich, sie ist ein selten schönes Geschöpf, einem Paradiesvogel gleich, der sich in unsern Alltag verfliegen hat. Bevor du ihr von Liebe sprichst, laß sie das erkennen.“

„Weißt du, was sie zuerst lehren werde?“

„Nun?“

„Daß sie ein deutsches Mädchen ist.“

„Bravo, mein Junge!“

3.

„Bumm, da wären wir“, sagte Bärchen laut und ließ die schwere Kaffeetasse im Sturz auf den Boden fallen. „Wo bleibt denn der dumme Kerl?“

„Der dumme Kerl meldet sich zur Stelle, Mamsellchen.“

erscholl es von der Hinterterrace her, und Haase warf auch mit einem Bumm die schwere Tasse zu Boden.

„Vorwärts!“ mahnte Bärchen.

„Ich tat nur, was Sie tat.“

„In der Kaffeetasse sind doch nur Schmutz und Papiere.“

„Und in der Tasse?“

„Spitzen, Kleider, Strümpfe, Schühchen, Enveloppes.“

„Na, er wird Augen machen, wenn das Fräulein zu Tisch kommt.“

„Dann spüte Sie sich mit Auspacken, um zwölf wird zu Mittag gegessen.“

„Um zwölf? Das nennen wir das Dejeuner“ sagte Bärchen sehr von oben herab.

„Was?“

„Das Frühstück, Haase. Um fünf Uhr ist bei uns das Diner.“

„Dummer Schnack, hier auf der Burg gibt es ein Mittagessen um 12 Uhr, wie es hier Brauch ist und Kaffee um vier, wenn Mamsell gut gelaunt ist, mit Kuchen. Und um sieben Uhr das Abendessen.“

„Also gerade so wie auf Dietrichstein. Wer's dem Fräulein ausrichten. Dann machen wir eben zum Kaffee grande Toilette.“

„Grande Toilette!“ spottete Haase. „Da wird sich die „Alte Burg“ wundern. Schade, daß unsre Mamsell da nicht mitmachen kann.“

„Wo ist das Zimmer von Fräulein?“

„Sie steht daoben.“

„Und wo bleibe ich?“

„Gleich daneben.“

„Das ist fein, denn Er weiß ja, Haase, mein Fräulein —“

„Ist ein furchtsam Häschchen! Ich weiß, ich weiß. Aber wenn man wie eine Prinzessin ausschaut!“

„Und ich?“

Haase sah sie plötzlich um. „Sie ist zum küssen, Schwarzkopf!“

Er küßte herzlich die frischen roten Lippen.

Bärchen holte aus und der Dreiste fühlte seine Ohren.

„Damit Er Bescheid weiß! So, nun trag er mir die Dache hier hinein und hol er warmes Wasser, viel — viel warmes Wasser und eine große Wanne.“

„Wie sie kommandiert!“ — „Ich geh ja schon.“

„Dort kommt sie. Ob der Burgherr freundlich zu ihr gewesen ist? Diese Mamsell gefällt mir, sie könnte dreist die Burgherrin sein.“

Haase war verschwunden. Christine führte den Gast in ihr Zimmer und fragte das Fräulein nach ihren Wünschen.

„Ich möchte mich baden und dann ruhen. Könnte ich eine Tasse Schokolade bekommen?“

„Wir essen in einer Stunde zu Mittag, Baroness.“

„Ach, ganz wie auf Dietrichstein.“ — Und um vier Uhr Kaffee mit schönem Kuchen — ich sehe es Ihr an, daß Sie zu kochen und zu baden versteht —“

„Man tut, was man kann“, erwiderte Christine bescheiden; sie konnte sich nicht jagen an dem holdseligen Geschöpf. Noch viel schöner, wie die verlorbene Gräfin, dachte sie, aber verwöhnt — sehr verwöhnt. „Das heiße Wasser und die Wanne werden sofort gebracht, Baroness.“ Dann ging sie in Sorgen in die Küche und hielt Umschau in der

geheimen Speisekammer. Gab sich dann einen Ruck, bei sich murmelnd: „Ihre erste Bitte soll erfüllt werden.“

Bald darauf trug Weller schmunzelnd auf kupferner Platte die dampfende Schokolade und etwas Gebäck hinauf, was Bärchen mit strahlenden Augen in Empfang nahm.

Silrentine lag behaglich auf dem Ruhebett, ihre Glieder waren von Bärchen gebadet worden. Die Flut der Blandhaare hing lose um die Schultern, und die Junger frotherte die zarten Füße, die so grausam hatten leiden müssen. Während das Feltgewand von Bärchen schon vorförschlich über das breite Himmelbett gelegt wurde, und die kostbarsten Dessous dazu, schloßen sich die schönen Augen ihrer Herrin. Dann verschwanden noch eilig Wanne und Eimer, und Bärchen schlich sich leise in ihr Kabinett.

Als sie die Tür öffnete, um das Wasser hinunter zu tragen, kam Haase die Hinterterrace hinaufgesprungen. „Stell Sie nur alles hin, Junger Bärchen, hier nehme Sie die Stulle, mit unsrer besten Wurst ist sie belegt. Sie wird doch Hunger haben.“

„Ah, Monsieur, grand merci!“

„Wie?“ Haase hielt die Hand an das Ohr.

„Ist Er schwerhörig geworden?“

„Nur beim parlez vous. Merkt Sie sich das, Schwarzkopf.“

Bärchen mußte lachen und dann machten sie gemeinsam und friedlich Ordnung.

Ganz wie beim Großvater, dachte Silrentine, als die Mehlsuppe aufgetragen wurde. Aber ihre Augen wurden groß, da köstlich zubereitete Fische folgten. Eine süße Speise bildete den Schluß.

„Hat es geschmeckt?“ fragte der Burgherr.

„Delizios, Herr Graf. Ihre Mamsell ist eine Perle, oder haben Sie einen Koch?“

„Einen Koch?“ Der Doktor lachte los. „Sie denken wohl an Cappel, Baroness?“

„Christine hat dem lebenswürdigen Gast unserer Burg Ehre antun wollen. Heute abend gibt es Pellkartoffeln mit Salz, vorher saure Milch mit schwarzem Brot.“

„Mir wird nicht bange, mir schmeckt alles, besonders in der aimablen Gesellschaft.“

Nun lachte der Großvater auch. „Ulrich, wie sollen wir uns da revanchieren?“

„Indem wir verkünden, daß zu uns das Märchen gekommen ist, Großvater. Nur Sonntagskindern wird solches Glück beschert, so hat mich meine Mutter gelehrt.“

(Sortierung folgt.)

Frei kommt nach Bremen!

stellung machen, wenn man bedenke, daß die Aerzte zwei Stunden gebraucht hätten, um die Wunden zuzunähen, die der Stahlschneider davongetragen hat und daß dieser anderweitig 20 Tage arbeitsunfähig war und heute noch immer unter Folgen zu leiden hat. Rajchen, der als Bürgerchaftsmitglied allen Grund gehabt hätte, ein gutes Beispiel zu geben, habe sich an einer Zusammenrottung zur Begehung von Gewalttätigkeiten beteiligt und hätte sich des erschwerten Landfriedensbruches mit Körperverletzung schuldig gemacht. Er beantragte daher eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 2 Monaten, die eigentlich auf Suchtlaus lauten müßten.

Der Rechtsbeistand des Angeklagten, Dr. Jordan, brachte ausdrücklich, daß die Gewalttätigkeiten, wie sie von kommunistischer Seite an jenem Abend verübt worden wären, ein großes Maß von Gemeinheit und Brutalität an den Tag gelegt hätten und daß er diese Handlungen aus innerem Herzen verabscheue. Er selber jedoch sei von der Unbeteiligung der Angeklagten an diesen Gewalttätigkeiten voll überzeugt. Er beantragte daher nicht etwa Strafmilderung, sondern Freispruch. Denn wenn das Gericht von der Mittäterschaft des Rajchen überzeugt sei, wäre eine milde Strafe nicht am Platz.

Das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Wilkens erkannte den Schuldbeweis des Angeklagten an und verurteilte ihn unter Berücksichtigung mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Der Haftbefehl bleibt bestehen. In der Urteilsbegründung heißt es: Es steht fest, daß Rajchen einer der Leute war, die Gewalttätigkeiten verübt haben und daß er einem 63jährigen in Notwehr befindlichen Mann sein letztes Verteidigungsmittel genommen hat und zum Ueberfluß damit auch noch auf den Hilflösen eingeschlagen hat. Die Ausrede, daß es sich um politische Gewalttätigkeiten leicht erregbarer Jugendlicher gehandelt hat, kommt nicht in Frage. Der Angeklagte ist und mußte sich als prominentes Mitglied der KPD und als Mitglied der Bürgerchaft der Folgen seiner Handlung voll bewußt sein. Deshalb sei dieses Urteil durchaus am Platz.

Der Angeklagte, der in vollem Bewußtsein seiner strafbaren Handlungen, auf alle Rechte der Selbstverteidigung verzichtet hat, betrieb von vornherein Vogel-Stranz-Politik, indem er den Kopf in den Sand steckte und im übrigen bei seinen romantisch-erfindungsreichen Schilderungen, in denen er die lagenhafte Gestalt eines rettenden Engels oder „um Schlimmeres zu verhüten“, wie er selber so schön sagt, mit boshafter Beständigkeit zum Ergötzen der Anwesenden blieb. Da nun auch das nichts genügt hat, und die Ausfichten einer Berufungsverhandlung nicht viel besser sind, wird Herr Rajchen der „Weltrevolution“ hinter Gitterstäben, als Friedensengel, „um Schlimmeres zu verhüten“, beizubringen. Wir wünschen nur, daß auch die Mörder unseres Kameraden Goffel bald ihrer gerechten Bestrafung zugeführt werden.

Jadefabrikanten fordern Weiterbau des Panzerzirkus. Die Nachricht, daß der Weiterbau des Panzerzirkus B durch die englische und französische Regierung verhindert werden soll, hat in Wilhelmshaven und Rüstingen große Beunruhigung hervorgerufen. Die zuständigen jadeschiffischen Behörden haben deshalb am Montag Telegramme an den Reichskanzler, die Reichsregierung und an den Chef der Marineleitung gerichtet, in denen es u. a. heißt: „Die Jadeschiffen Wilhelmshaven und Rüstingen bitten unbedingt am Bau des Panzerzirkus B festzuhalten. Bauunterbrechung hätte unabsehbare Folgen für die Jadeschiffe.“

1000 Mark Belohnung! Die Nachforschungen nach dem 30jährigen Mann, der in Strom bei Bremen die Fahrradlampe des ermordeten Kellners Otto Hillmann aus Bremerhaven verkaufte und auch die Wäsche des Ermordeten zum Kauf angeboten hat, dauern zurzeit noch an. Wie der niederländische Landesdienst erzählt, erlaubt die Polizeidirektion im Laufe des heutigen Tages oder morgen einen Aufruf mit Anhaltspunkten für die Suche nach dem Täter, für dessen Ergreifung oder Angaben, die dazu führen, 1000 Mark Belohnung von der Polizeidirektion ausgekehrt werden.

Neue Sonntagsrückfahrkarten. Mit Gültigkeit vom 11. Juli d. J. wurden folgende Sonntagsrückfahrkarten neu eingeführt: Von Bremen Hbf. nach: Bad Nenndorf über Wunstorf-Halle; Bad Pyrmont über Halle, Lauenau, Hameln; Bad Pyrmont über Hannover, Weetzen, Elze, Hameln oder Halle, Lauenau, Hameln; Diepholz; Embden über Leer; Hameln über Wunstorf, Lauenau; Hameln über Hannover, Weetzen, Elze oder Wunstorf, Lauenau; Harburg-Wilhelmsburg Hbf.; Hantlofen über Oldenburg; Sandkrug über Oldenburg.

Zigarettenfabrik von Brinkmann in Hemelingen. Wie der Niederländische Landesdienst erzählt, hat die Zigarettenfabrik Martin Brinkmann in Hemelingen große Teile des Panzerzirkusgebäudes gepachtet, um dort eine Zigarettenfabrik einzurichten. Die Firma plant, in Hemelingen etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen zu beschäftigen. Die ersten Personaleinstellungen sind bereits erfolgt.

Die Sperrung der Provinzialchauffee Verden-Bremen in der Ortshaf Baden von 15,5 bis 16,2 ist für den schweren Verkehr bis auf weiteres verlängert worden. Der leichte Verkehr kann nach Fertigstellung des Grundbaues des Sommer- bzw. Fußweg der Chauffee benutzen.

Gegen sportliche Spiele auf der Straße. Unsere Jugend benötigt leider immer noch mit Vorliebe öffentliche Straßen und Plätze der Stadt, die dem allgemeinen Verkehr dienen, selbst in den verkehrsreicheren Gegenden zu Spiel- und Sportplätzen. Nach § 61 der Straßenordnung ist alles verboten, was geeignet ist, den Fahr-, Reit- und Fußgängerverkehr oder den Betrieb der Telegraphen, Fernspreche oder Kraftleitungen

gen zu belästigen oder zu gefährden. So sind besonders die von Jugendlichen in den Straßen veranstalteten Fußball-, Schlag- und Handballspiele, die ohne Rücksicht auf Vorübergehende gespielt werden, ferner der Gebrauch von Schleudern und Schießwerkzeugen, das Werfen mit harten Gegenständen, das Abbreiten von Feuerwerkskörpern und Drachen steigen lassen, verboten. Auch die harmloseren Spiele der Kleinen, wie z. B. das Fahren mit Sportwagen, Holländern, Rollyschuhen können unter Umständen verkehrsstörend und belästigend wirken. Den Eltern wird daher besonders zur Pflicht gemacht, ihre Kinder beim Spielen aus dem Straßenverkehr fernzuhalten und auf die polizeilichen Strafbestimmungen hinzuweisen, da solche Uebertretungen mit erheblichen Geld- und Haftstrafen geahndet werden können. Auch können die benutzten Gegenstände einbezogen werden.

Wer verzeiht oder seine Wohnung eine Zeitlang leer stehen läßt, teile das vor der Abreise der zuständigen Polizeiwache mit, damit eine besondere Ueberwachung erfolgen kann. Wer an einem unbewohnten Hause etwas Auffälliges bemerkt, mache sofort der Polizei Meldung.

Die „Rote Hand“ rächt sich
Lüneburg, 12. Juli. Am vergangenen Sonnabend wurden, wie gemeldet, zwei kommunistische Fraktionsmitglieder aus der Sitzung der städtischen Kollegien ausgeschlossen. Einem wurde dabei eine Pistole abgenommen. In einer der letzten Nächte flogen in die Geschäftsstelle des sozialdemokratischen „Volksblatt“ zwei Mauersteine und zertrümmerten die großen Spiegelscheiben. In der folgenden Nacht wurde die Wohnung des Lüneburger Oberbürgermeisters Dr. Schmidt heimgejagt. In das Fenster der Diele flog eine Weinflasche. In dieser lag ein Zettel mit folgenden Worten: „Die rote Hand rächt sich.“

Neu hinzutretende Abonnenten
erhalten auf Wunsch den Anfang unseres Romans „Die alte Burg“ kostenlos nachgeliefert.

Deutsche Schwimm-Meisterschaften
der alten Herren im Deutschen Schwimmverband am Sonntag, 19. Juli, im Stadion, veranstaltet vom Bremer Schwimm-Club von 1885 e. V., Bremen

Was erwartet wurde, ist eingetroffen: das Meidergebnis zeigt eine Beteiligung an, wie sie in diesem Jahre für Bremen bei keiner sportlichen Veranstaltung erreicht sein dürfte. Weit über 30 Vereine aus allen Gauen Deutschlands — mit Ausnahme des Ostens — mit insgesamt rund 500 Einzelmeldungen, der Staffeln und Wasserballspiele geben sich an diesem Tage ein Stellbildnis in unserer alten Hansestadt. Für eine schwimmportliche Veranstaltung ein Ergebnis, wie es besser kaum gedacht werden kann.

Hannover schickt keine 4 Vereine, Berlin mit Weizen- und Potsdam 5, Braunschweig 2; Magdeburg und Köln, die Hochburgen des deutschen Schwimmsports, sind vertreten. München, Halberstadt, Hamburg, Bernburg, Oldbeck, Dortmund, Chemnitz, Osnabrück, Krefeld, Oldenburg und andere Städte werden neben den 4 bremschen Vereinen für eine reichhaltige und spannende Wettkampffolge Sorge tragen.

Von den Nennungen zu den einzelnen Wettkämpfen seien erwähnt: 45 Teilnehmer für das Kraulschwimmen, 35 für das Brustschwimmen und auch das Seitenschwimmen weist mit 26 Schwimmern (insgesamt, in den verschiedenen Altersklassen) ein sehr reges Interesse auf.

8 Springer, darunter der bekannte Schumm von Rheus Köln, werden im Kunstspringen (6 Kürsprünge) hervorragende Abwechslungen in das Programm bringen. Enderoth vom BSC. 85, Bremer Meister und Meister von Nordholland, trifft in seiner Klasse auf den Kölner Frankenstein, der ihm den Sieg zumindest sehr schwer machen dürfte. Der bekannte Stern vom Schwimmverein München 99 trifft in seiner Klasse auf den als Springer bekannten Kämpen Radtke von Wasserfreunde Potsdam.

Im Kopfweitsprung, einer nicht häufig gezeigten Uebung, des Schwimmportes, messen sich 27 Schwimmer.

Die Mannschafftsstaffeln, die zu je 4 mal 50 Meter im Brust-, Lagen- und Kraulschwimmen ausgetragen werden, haben mit insgesamt 17 eine hervorragende Beteiligung gefunden, bei der Entschiede mit Handschlag zu erwarten sind.

Die Wasserballspiele machen ein Vorspiel für Sonntagvormittag 11 Uhr notwendig, in dem der Bremer Schwimm-Club von 1885 gegen den Schwimmverein Stern, Hamburg, anzutreten hat. Der Sieger aus diesem Kampfe stellt sich im letzten Wettkampf des Tages der bekannten Wasserballmannschaft des Schwimm-Clubs Hannover-Linden von 1898.

Das Meidergebnis wird bei der Rekordbegehung seinen ganz großen Tag haben. Eines besonders werden die diesjährigen Meisterschaften der alten Herren im Deutschen Schwimmverband gerade durch die Beteiligung einiger wirklich „älteren“ Herren (über 45 und 50 Jahre) unter Beweis stellen, daß der Schwimmport mehr denn alle anderen Leibesübungen, die aktive Ausübung und Beteiligung an Wettkämpfen bis ins höchste Alter gestattet und weiter, daß Treue zum Sport und die Pflege wirklicher Kameradschaft unter

den alten Herren (über 32 Jahre) gerade des Schwimmsports im Deutschen Schwimmverband es erforderlich macht, ein besonderes Verbandsfest aufzuziehen.

Möge diese Veranstaltung unserer alten Hansestadt durch die große Beteiligung aus dem Reich neue Freunde gewinnen und dem edlen Schwimmsport viele, viele neue Anhänger und Gönner zuführen: dann hat dieses Verbandsfest einen doppelten und wertvollen Zweck erfüllt.

RUNDFUNK-PROGRAMM

Gleichbleibende Tageseinteilung der Wochentage

5.45 Zeitangabe. 5.50 Wetterbericht u. Landwirtschaftsmeldungen. 6.45—8.00 Schallplattenkonzert. 6.55 Wetterbericht. 7.00 Zeitangabe, Wiederholung der Abendmeldungen. 8.00 Wetterbericht. Sunk der Hausfrau: a) (Nur Dienstags und Donnerstags): Aus dem Gebiet der Volksgesundheitspflege; b) Ernährungsfunk; c) praktische Ratshilfe; d) (nur Mittwochs): Juristischer Hausfrauenfunk. 12.10 Wetterbericht (Binnenlands-, Nord- und Ostseewetterbericht). Tauchzeiten und Wasserstandsmeldungen. 12.20 Börsenfunk. 12.55 (außer Sonntag): Neuerer Zeitzeichen. 14.00 Hamburg (für Ha., Kl., Brm. und Sl.); Wetterberichte. 14.00 Hannover (nur für Hr.); Wetterberichte. 14.05 Nachrichtendienst. 14.45 Schiffsverkehrsfunk. 15.00 Rufenfunk.

Mittwoch, den 15. Juli: 7.10 Brunnenkonzert. — 11.00 Johannes Brahms. — 12.30 Mittagskonzert. — 14.15 Wetterbericht. — 14.20 Schallplattenkonzert u. Sunkwerb. 16.00 Kurkonzert in Bad Pyrmont. — 17.00 Willi Sehe liest. — 17.30 Soziale Zustände im alten und neuen Handwerk. — 18.00 Die Bunte Stunde. — 19.00 Das niederdeutsche Bauernhaus und seine Einrichtung. — 19.50 Mit Kurbel und Bremse durch die Großstadt. — 20.00 Die schöne Gathe. — 21.00 Die vierte Entdeckung Amerikas. — 22.00 Nachrichtendienst. — 22.30 Konzert im Cafe Wallhoff. 23.15 Konzert im Cafe Astoria.

Donnerstag, 16. Juli: 7.10 Morgenkonzert. — 11.00 Sommerliche Musik. — 12.30 Mittagskonzert. — 13.15 Wetterbericht usw. — 13.20 Schallplattenkonzert und Sunkwerb. — 14.15 Fortsetzung des Mittagskonzerts. — 16.15 Erlebnis auf unserer Englandsfahrt. — 16.45 Blüten und Falter. — 17.15 Was jeder vom Poltreisefisch wissen muß. — 17.40 Voraussetzungen und Technik des echten Gesanges. 18.05 Die Bunte Stunde. — 19.00 Etwas über Swillingskinder. — 19.25 Um das Ei des Mondors. — 20.00 Schallplatten-Kabarett. — 20.45 Lustspiel „Dr. Klaus“. — 22.00 Nachrichtendienst, ansl. aktueller Dienst. — 22.30 Konzert im Cafe Kröppe. 23.15 Konzert im Cafe Atlantik.

Freitag, 17. Juli: 7.10 Brunnenkonzert aus Bad Nenndorf. — 9.00 Eröffnung der Deutschen Nordischen Landwirtschaftlichen Woche in Glensberg. — 11.30 Norwegische Märchen und Tänze. — 12.30 Mittagskonzert. — 13.20 Schallplatten. 14.15 Fortsetzung des Mittagskonzerts. — 16.15 Niederländische Frauen im deutschen Geistesleben. — 17.00 Chopin. 17.25 Das Arbeiterkind im Kindergarten. — 17.45 Bilder aus der praktischen Arbeit mit Arbeitslosen. — 18.10 Die Bunte Stunde. — 19.10 Moritz Jahn liest aus eigenen Werken. — 20.00 Lokales Kammerkonzert. — 20.50 Willensfeste (Vogelschießen). — 22.00 Nachrichtendienst, ansl. aktueller Dienst. — 22.30 Konzert im Cafe Astoria. 23.15 Konzert im Cafe Continental.

Sonnabend, 18. Juli: 7.10 Frühkonzert. — 11.00 Operettenlieder. — 12.30 Mittagskonzert. — 13.15 Wetterbericht. 13.20 Schallplatten. — 14.15 Forts. des Mittagskonzerts. — 16.00 Konzert an der Alster. — 17.00 Neue Romane. — 17.30 Ernst Specker. — 17.55 Hanseatische Musikforschung. 18.40 Die Bunte Stunde. — 20.00 Die heitere Ehe. — 22.00 Nachrichtendienst, ansl. aktueller Dienst. — 22.30 Ein Gauklerfest. — 23.30 Tanzfunk.

Das neue Arbeiterium

Die Kampfzeitschrift der AEDW. für die Betriebszellen-Arbeit.

Das „Arbeiterium“ Folge 9 liegt vor. Diese Zeitschrift versteht es wirklich in vorzüglicher Weise bei jeder Neuerscheinung mehr zu interessieren. Für die Mitglieder sollte es zur Pflicht gemacht werden, diese ausgezeichnete Zeitschrift ständig zu lesen. „Arbeiterium“ ist das Spiegelbild und ein praktischer Wegweiser des nationalsozialistischen Kampfes in den Betrieben.

Der Reichs-Betriebszellenleiter Pg. W. Schumann M. d. R. hat durch seine bisherigen, auch in dieser Folge, gebrachten Zeitartikel als einfacher Arbeiter bewiesen, daß er die Not der völkischen und sozialen Zerrissenheit unseres Volkes, verursacht durch die Klassenkampftheorie und durch innere und äußere Verflachung in ihren Ursachen gründlich erkannt hat. Den „Widerstand des Kapitalismus“ und die notwendige praktische Sozialisierung der Banken schildert Pg. Dr. von Renseln an dem Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt. Ernst Pfister, der Reichs-Betriebszellenredner gibt uns einen Einblick in das „Schuldbuch der Gewerkschaften“. „Im Betriebsratzimmer“ erklärt Karl Peppeler „Behandlung von Kündigungseinsparungen“. „Ettasozialismus“ wird von Dr. Rudolf Albrecht in „Wirtschaft unter der Lupe“ einer eingehenden Kritik unterzogen.

Gegen Hornhaut

Einprägen, veraltete Hornschwiele an Händen und Füßen hat sich „Oestin“ als laubstarkes und bequemes Mittel zur gründlichen Beseitigung aller harten Hautwucherungen bewährt. Wirkung für mehrmaligen Gebrauch mit genauer Gebrauchsanweisung 60 Pf. In allen Apotheken-Verkaufsstellen zu haben.

„Dreißig Jahre mögen's sein, da hatten wir in der Prima einen blonden Jungen mit großen blauen Augen. Der war so unberechenbar, wie er klug war, und bereitete seinen Lehrern manch seltsame Ueberraschung. Immer, wenn er etwas ausgesprochen hatte, und das kam sehr oft vor, kam er zu mir, bat mich, ein gutes Wort für ihn einzulegen und offenbarte mir bei dieser Gelegenheit seine Knabenseele. Die war wild, aber tief und rein. Ich kannte den Jungen besser als seine Lehrer, ja, ich möchte sagen, besser als seine Eltern, und darum hatte ich ihn lieb, als wenn er mein eigener wäre. Und dann kam der böse Tag, wo ich ihn im Zimmer des Direktors erwischte, gerade, als er im Begriff war, sich gewaltjam Gewißheit zu holen über ein Thema für das schriftliche Examen. Er bat und flehte, ich nicht zu verraten, er weinte und fiel vor mir auf die Knie, und ich kämpfte einen schweren Kampf, denn wenn ich ihn melbete, war er erlebicht, keine andere Anstalt würde ihn jemals mehr aufnehmen. Schwieg ich aber, machte ich mich zum Mitschuldigen, zum unehrlichen Menschen, und ich hatte nicht das Recht, noch einen Tag in meiner Stellung zu bleiben.“

Aus der Bewegung

Stahlhelmgautag in Celle

Kommunistische Ueberfälle. — Der Landesführer Erz von Henning verwundet.

Der zweite Gautag des Gau's im Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, begann am Sonntag mit sportlichen Wettkämpfen, die auch den größten Teil des Nachmittags ausfüllten. Nach einer Führerbesprechung in der interne Fragen behandelt wurde, fand um 11 Uhr ein Feldgottesdienst statt, bei dem Pfarrer Jung von der reformierten Gemeinde amtierte. Bald nach 2 Uhr nachmittags begann ein Werdemarsch durch die Straßen der Feststadt Celle. Bei diesem Propagandamarsch ist es zu einem schweren kommunistischen Ueberfall. Als der Festzug, der vom „Schützenhaus“ seinen Anfang nahm, auf seinem Marsche durch die Stadt in den Stadtteil Alencelle einzog, eröffneten die Kommunisten einen Ueberfall mit Steinwürfen, durch den zunächst die an der Spitze marschierende Kapelle sowie die ihr unmittelbar folgenden Betroffenen wurden. Bei dem sich dann entwickelnden Handgemenge wurden auf kommunistischer Seite Gummischläuche, Messer und Stahlruten benutzt. Unter den Verwundeten befindet sich auch der Landesführer des Stahlhelms, Erz von Henning-Hannover, der durch einen Steinwurf an der Nase und über dem Auge erheblich verletzt wurde. Ebenso trug Kapitän von Latorf, der Geschäftsführer des Landesverbandes Hannover; schwere Verwundungen durch Schläge über den Kopf und zwei Stiche in den Rücken davon.

Am schwersten verletzt wurde der Stahlhelmer Valte-Hannover, der neben Stichen in den Rücken auch Verwundungen an Lippe und Ohr davontrug. Die beiden Zuletztenannten wie auch die Stahlhelmer Heinrich Lüders und Heinrich Vate-Alten, Alfred Volgen wie Rotmeier vom Landesamt Hannover, der einen Stich in die Schulter erhielt, wurden ins Krankenhaus überführt.

Diesem Ueberfall war in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag schon ein Angriff eines stärkeren kommunistischen Trupps vorausgegangen, der sich gegen Mitglieder der Stahlhelmkapelle richtete, die sich auf dem Nachhauseweg befanden. Hierbei wurden die Stahlhelmer August Spilfer und Martin Fischbach verletzt und auch dem Krankenhaus zugeführt.

Trotz seiner Verwundung erschien Erz von Henning, nachdem er vorher noch die ins Krankenhaus gebrachten Stahlhelmer besucht hatte, im Schützenhaus um hier die Führeranrede zu halten.

Zwei SA-Männer schwer verletzt

Ueber den Stahlhelm-Gautag in Celle ist noch zu berichten, daß einige unserer SA-Leute den bedrängten Stahlhelmen sofort zu Hilfe eilten. Bei dem Ueberfall am Sonntag mittag wurden auch zwei SA-Leute schwer und mehrere leicht verletzt. Ein SA-Mann liegt mit einem Weilsch in der Schulter, ein anderer mit einem Messerstich im Krankenhaus. Die Polizei soll sich bei dem ersten Ueberfall sehr passiv verhalten haben.

„Völkischer Beobachter“ verboten

München. Die Polizeidirektion München teilt mit, „Einem Ersuchen des Reichsministers des Innern entsprechend wurde der in München erscheinende „Völkischer Beobachter“ in seiner Bayern- und Reichsausgabe von der Polizeidirektion München verboten. Der Reichsminister des Innern erblidte in den Ausführungen, die in den Nummern 186-187, 190 und 191 dieser Zeitung vom 5. bis 6. und 9. bis 10. Juli 1931 enthalten waren, einen Verstoß gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausdrucksformen. Darüber hinaus erblidte die Polizeidirektion München in den Ausführungen des „Völkischen Beobachters“ Nummer 193-194 eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des bayerischen und des preussischen Staatsministers des Innern, sowie der Mitglieder der Reichsregierung. Das Verbot wurde auf drei Wochen ausgesprochen.“

„Freiheitskämpfer“ verboten

Das Oldenburger Gauorgan der NSDAP, ist wegen angeblicher Verächtlichmachung des Reichskanzlers auf 14 Tage verboten worden.

Abkehr von Straßer

Die ältesten Anhänger verlassen den Führer.

Angekelt von der völlig einseitigen Heße Straßers und Stennes haben in den letzten Tagen die ältesten und treuesten Anhänger, so die Bernauer, Spanbauer und Neuföllner Gruppe der NSDAP, diesem üblen Literatenklingel, den Rücken gekehrt.

Man legte Otto Straßer die Frage vor, warum er ausschließlich gegen die NSDAP kämpfe und nicht mehr gegen Marxismus und die Vörlensjuden. Auf diese Frage verweigerte Straßer die Auskunft.

Weiterhin verlangten sie Aufschluß über die Geldquellen ihrer Führer. Auch hier wurde die Auskunft verweigert.

Eine der Antwort stellt Straßer die unbequemen Fragen vor ein Ehrengericht.

Die Antwort auf „das Ehrengericht“ war der geöffnende Austritt aller dieser Gruppen. Es ist bezeichnend, daß zu den Ausgetretenen die Gebrüder Reichle Neufölln, gehören, die Otto Straßer bei jeder Gelegenheit als besonders tüchtig erwähnte.

Hitler pocht an das deutsche Tor

Die in Krakau erscheinende polnische Tageszeitung „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ veröffentlicht an erster Stelle in großer Aufmachung seine Originalkorrespondenz, zu der sie unter obiger Überschrift kommentiert.

Erst gestern haben wir in den Spalten dieses Blattes festgestellt, daß die Wirtschaftskrise in Deutschland, mit welcher dieses heute Europa erpreßt, zum großen Teile das Ergebnis des schlechten Wirtschaftens Deutschlands ist, und zwar des Staates, wie auch der Selbstverwaltung und endlich auch der Bevölkerung selbst. Deutschland beschließt heute Sparmaßnahmen und fordert eine Verringerung der Reparationen, aber es denkt nicht an jene Ersparnisse, welche ernsthaft ins Gewicht fallen könnten, d. h. an die Einschränkung seiner offenen und geheimen Klistungen.

In politischer Hinsicht weisen wir auf das ganze Grauen des Hitlerismus hin, das die brutalste Form der deutschen Weltgeltung darstellt. Wir wollen betonen, daß selbst der weitgehende Umwandlungsprozeß Hitlers in Richtung der Legalität diesen Schrecken nicht verringern kann, den seine Ergreifung der Macht darstellen würde.

Hitler würde, wenn er auf die Vergeltung und das Treiben zum Kriege verzichten würde, aufhören, Herr der Straße zu sein. Deshalb ist die Gefahr des Hitlerismus für Europa und für Polen nicht weniger unheimlich als die Gefahr einer Bolschewisierung Deutschlands.

Der polnische Korrespondent, dessen Bericht der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ im Wortlaut bringt, schreibt: Wird Deutschland der Katastrophe entgehen?

Diese Frage habe ich mir während meiner Reise durch Deutschland wiederholt vorgelegt und mit vielen Deutschen besprochen.

Ist dies nicht heute das zentrale Problem der Welt? Würde eine Katastrophe in Deutschland nicht ein Chaos für die ganze Welt bedeuten, bildet Deutschland heute nicht das Zentrum der Weltkrise?

„Schlimmer kann es schon nicht mehr sein“. Als ich diese Frage einem Diplomaten stellte, erhielt ich die folgende Antwort:

Was verstehen Sie eigentlich unter einer deutschen Katastrophe? Kann es denn noch schlimmer sein als es ist? Ist die Katastrophe Deutschlands denn nicht bereits Tatsache?

Einer der Wirtschaftsredakteure eines Berliner Weltblattes entwickelte mir folgende Ansichten: Im Augenblick haben wir 4,5 Millionen Arbeitslose. Die saisonmäßige Besserung dieses Jahres war

eine minimale. Was wird im Winter sein? Der Winter wird schrecklich. Ich fürchte mich daran zu denken. Fast jeden Tag wird ein neues Unternehmen geschlossen.

Zwei Drittel des Großgrundbesitzes im Osten befinden sich in Zwangsversteigerung. Die Bankkrise beginnt erst — hat inzwischen begonnen. — Überall sind wachsende Defizite, der Lebensstand der Bevölkerung sinkt fast mit jedem Tage. Die zweite „Notverordnung“ bedeutet 120 Mark neue Belastung für jede Familie. Es ist irrig, anzunehmen, daß die Reparationsfrage geregelt werden wird. Er schloß mit den Worten: „Hoffen wir das Beste und erwarten das Schlimmste.“

Es traf sich, daß ich im Zuge Berlin-Leipzig mit einem amerikanischen Industriellen zusammen fuhr, der in Berlin ein von seinem Vater ererbtes Vermögen besitzt.

Ich besitze in Berlin vier große Häuser, so sagte er, vor zwei Jahren wollte man mir 800000 Mk. für sie zahlen, denn ich kann nicht immer zahlen. Die Steuern sind hoch und die Unkosten so schlimm, daß es schon gar nicht mehr schlimmer sein kann. Eine fatale Wirtschaft, eine der schlimmsten der Welt.

Die Lage in Deutschland ist tatsächlich unerreulich. Alle erwarten einen Messias, da sie überzeugt sind, daß es so nicht weitergehen kann.

In Deutschland gibt es heute zwei starke mächtige Sehnsüchte: Eine nach Moskau, die zweite nach dem „Braunen Palast“ in München (Parteigebäude Hitlers).

Was ist nun eigentlich unter einer deutschen Katastrophe zu verstehen? Ist es der fortschreitende Verarmungsprozeß Deutschlands oder die weitere Verschärfung der Krisis?

Nein, denn in Wirklichkeit muß eine jede Krisis endlich eine Grenze erreichen. Bessere Zeiten kehren wieder zurück.

So verstehe ich unter einer deutschen Katastrophe nichts anderes als eine Revolution von links oder die Gefahr des Kommunismus ist nicht aktuell.

Hitler hat den Kommunismus neutralisiert, er hat ihn auf seinen Platz gebannt, er hat seine Dynamik geschwächt, und ihn auf der Straße schädlich gemacht, denn diese, die früher von den Kommunisten beherrscht wurde, ist heute in den Händen der „Braunen Bataillone“.

So ist es: Die deutsche Jugend ist heute entweder braun oder stark rot. Der Kampf auf der Straße tobt täglich, aber die Chancen des Sieges verschieben sich immer mehr zu Gunsten der Braunen.

Gegen den verhafteten „Nazi“-Minister

Am Sonnabend begann in Moskau der Prozeß gegen den nationalsozialistischen Minister Dr. Franz von Papen. Wir wiesen bereits darauf hin, daß es sich bei der Prozeßmaterie um eine belanglose Bagatelle handelt, die — wie sie Pap. Franz „vorgeworfen“ wird — sogar noch nicht einmal wahr ist. Die Judenpresse jedoch belauscht diesen Prozeß, — den man keinem anderen Menschen machen würde, wenn er nicht Nationalsozialist wäre zu einer „sensationalen“ Angelegenheit auf und benutzt ihn zu einer irrsinnigen Heße gegen den verhafteten „Nazi“-Minister.

Gleich zu Beginn des Prozesses gibt Rechtsanwalt Dr. Sad eine Erklärung ab. Er teilt mit, daß sich Polizeimajor Heinrich bei der Hauptmündelverhandlung gegen den Landwirt Guth auf dem Gerichtshof mit den Polizeibeamten in insinuativer Weise unterhalten habe und schon damals einen Protest zur Folge gehabt habe und hat, auch in diesem Falle Heinrich entsprechende Vorhaltungen zu machen. Oberstaatsanwalt Köhler widersprach dem Antrage. Der Verteidiger Dr. Sad teilte dann noch mit, daß er mehr Zeugen geladen habe, die er über die frühere Tätigkeit Heinrichs in Frankfurt befragen wolle. Ebenfalls habe er Ministerialrat Dr. Klausener geladen (vom preussischen Innenministerium), um ihn über die Besprechungen zu befragen, die er über den Fall Franz mit dem früheren Polizeipräsidenten Jorgel geführt habe.

rechts, d. h. Kommunismus oder Hitlerismus.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses gibt dann Minister Franz eine Schilderung der Vorgänge am 13. Oktober 1930. Er sagt aus, der Telefonanruf habe ihn im „Bayerischen Hof“, wo auch Lohse gewesen sei, erreicht. Auf der Polizeiwache habe er den Landwirt Guth auch als solchen gleich erkannt. Es sei ihm erzählt worden, daß der Festgenommene sich falsch ausgewiesen habe. Es komme nur darauf an, ob er Lohse sei oder nicht, dann würde er freigelassen werden. Dazu habe er, Franz, keine Erklärung abgegeben. Dann sei Polizeimajor Heinrich erschienen und habe befohlen, den Festgenommenen nach der SA zu bringen. Er, Franz, habe Guth in einem Augenblick des Allerseins schwere Vorwürfe gemacht. Auf der SA habe er dann einem Beamten gesagt, daß es sich bei dem Festgenommenen nicht um den Abgeordneten Lohse, sondern um den ihm bekannten Landwirt Guth handelt. Er habe das vor den vielen Leuten auf der Wache zu sagen nicht für richtig gehalten. — Erst

in Braunschweig habe er von der politischen Pressenkampagne gegen ihn Kenntnis erhalten.

Dann schildern die beiden Zeugen, Landgerichtsrat Schöer und Landgerichtsrat Fuß aus Kiel, Dr. Franz als eine klare, feste Persönlichkeit, der ein aufrichter, gewissenhafter und verantwortungsbewußter, Mensch sei.

Nach diesen Zeugen werden eine Anzahl Polizeibeamter vernommen, die an diesem Tag am Potsdamer Platz Dienst hatten.

Im weiteren Verlauf des Prozesses, der sich am Sonnabend bis in die späten Nachmittagsstunden mit der Vernehmung von Zeugen hinzog, wurde dann Polizeipräsident Dr. Weiß vernommen, der sich über die Art der Eintragungen in die Journale auf den Polizeiwachen äußerte und dabei erklärte, es gäbe keine festen Richtlinien für die Eintragungen; was im Journal stehe, wäre in tatsächlicher und redlicher Beziehung bedeutungslos. Diese Frage ist infolgedessen von Bedeutung, als das Journal auf der Wache des Potsdamer Bahnhofes hier eine besondere Rolle spielte.

Weiter erklärte Weiß, er selbst sei derjenige gewesen, der das Moment der Begünstigung bei einer Besprechung zur Erörterung gestellt habe!

Als der Verteidiger Dr. Sad dem Zeugen verschiedene Fragen vorlegte, die sich auf eine Neuierung über Minister Franz beziehen, verläßt Weiß das Gericht.

Auf einen Antrag des Verteidigers läßt das Gericht den Bericht des Polizeipräsidenten an den braunschweigischen Gesandten verlesen. Der Bericht enthält die Franzens belästigten Momente. Guth und Lohse entlasten Dr. Franz sehr. Nach weiterem Verhör von zwei Polizeibeamten verlagte man die weitere Zeugenvernehmung.

Brutaler Ueberfall

Düsseldorf. Gestern Abend gegen 6.30 Uhr befand sich Pg. Schnabel auf dem Wege zum Schlageterheim als sich ihm fünf junge Leute mit dem Parteiauszeichen anschlossen. Mößlich wurde er von den „angebliebenen“ Genossen überfallen. Ehe er die Situation erfassen konnte, hatte er zwei Stiche in die Brust, und einen im Oberarm. Nur mit Mühe schleppte er sich zum Schlageterheim, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde. — Ueber die Schwere der Verwundungen können zur Zeit keine näheren Angaben gemacht werden.